bbz

Berliner Bildungszeitschrift

GEW BERLIN
71. (86.) JAHRGANG
MÄRZ 2018

ZEIT ZU LEBEN, ZEIT ZU ARBEITEN

KINDER- UND JUGENDHILFE
Vom Generationendialog profitieren

SCHULE
Sexting im Alltag von Jugendlichen

GEWERKSCHAFT
Mit Überzeugung gegen das Nazi-Regime

INHALT

Leute | Standpunkt | kurz & bündig | Impressum | Leser*innenforum ... 3-5/35

TITEL

Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten *B. Lange* ... 6

Die Diskussion um Arbeitszeit hat viele Dimensionen *C. Klenner* ... 8

Meine Zeit zu Leben – meine Zeit zu arbeiten – Kurzinterviews *E. Gabriel / I. Riedel* ... 9

Offener Brief an Sandra Scheeres *E. Gabriel / S. Pregizer* ... 10

Arbeitszeit in der Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit *R. Fehler* ... 14

KINDER-, JUGENDHILFE & SOZIALARBEIT

Marko Bleiber über intergenerative Begegnungen *Interview Cem Erkisi* ... 16

SCHULE

Fachfremder Unterricht ist für alle eine Qual *I. Schaad* ... 20

Zur Debatte um das Neutralitätsgesetz *J. Ramseger* ... 22

Texting + Sex = Sexting *N. Poitzmann* ... 24

Fetisch Digitalisierung *J. Tetzner* ... 26

Ethik richtig unterrichten *G. Weil* ... 27

GEWERKSCHAFT

Eine Schulleiterin bleibt standhaft *B. Förster* ... 28

Die Arbeitslast zwingt Viele in Teilzeit *M. Rau* ... 31

Nachruf: André Dupuis *N. Hocke* ... 32

Strategien gegen Altersarmut *B. Dobschall* ... 32

TENDENZEN

Was ist eigentlich Klassismus? *K. Will* ... 33

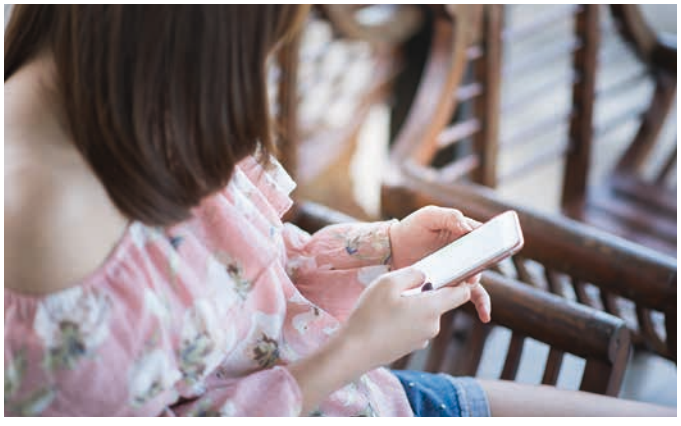
GLOSSE

Alles wird gut! *G. Frydrych* ... 34

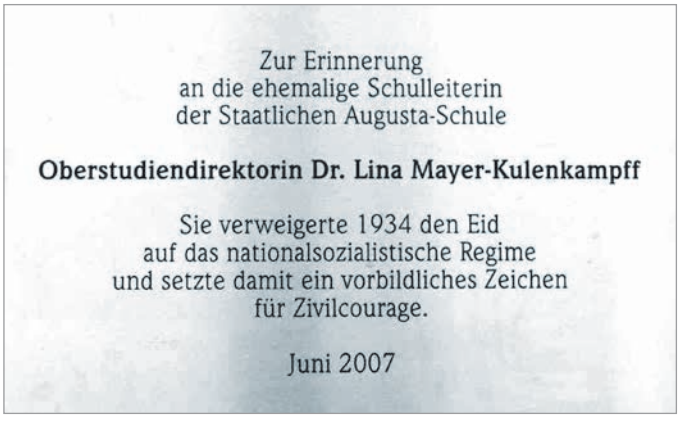
SERVICE

Bücher | Materialien | Aktivitäten ... 37

16 KINDER-, JUGENDHILFE & SOZIALARBEIT Kinder können viel von älteren Menschen lernen. Umgekehrt profitieren auch Alte von der gemeinsamen Arbeit mit Kindern. Intergenerative Projekte leisten einen Anteil zur Inklusion. Wie sie gelingen können, erklärt Marko Bleiber im Interview mit Cem Erkisi



24 SCHULE Sexting, Selfies mit selbsterstellten Nacktbildern, sind die Liebesbriefe von heute. In ihrem Artikel stellt Nikola Poitzmann sehr anschaulich dar, welche Gefahren mit dem Sexting verbunden sind und wie Pädagog*innen sinnvoll und präventiv agieren können



28 GEWERKSCHAFT Lina Mayer-Kulenkampff wurde Anfang der 30er Jahre Direktorin einer Berliner Mädchenschule. Sie trotzte dem zunehmenden Druck der Nationalsozialisten, blieb sich treu und bezahlte mir ihrer Karriere. Bodo Förster zeichnet mit ihren Erinnerungen ein spannendes Bild einer Gesellschaft im Umbruch und einer Frau, die sich nicht unterkriegen ließ

TITELBILD: BERTOLT PRÄCHT OBEN: HALFPOINT/FOTOLIA ; MITTE: WORAPHON/FOTOLIA; UNTEN: SOPHIE-SCHOLL-SCHULE

LEUTE

Saraya Gomis macht als Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sehr wichtige und gute Arbeit. Nach einem Jahr im Amt zeigt sich aber auch, dass die Ressourcen für ihre Antidiskriminierungsarbeit hinten und vorne nicht ausreichen. Gomis braucht mehr Geld im Einsatz für Vielfalt und Toleranz.

Hatun Sürücu wurde im Februar 2005 Opfer eines sogenannten Ehrenmordes. »Wir haben Hatun Sürücü nicht vergessen«, sagte Gleichstellungssenatorin Dilek Kolat (SPD). Mit zusätzlichen 2,5 Millionen Euro will sie die Hilfen für Frauen, die von Gewalt betroffene sind, weiter ausbauen. Die BIG-Hotline (030 6110300) bietet eine Erstberatung. Jugendliche und junge Erwachsene können sich an den Jugend- und Mädchennotdienst und an die Kriseneinrichtung Papatya wenden.

Hermann Budde wird der neue Vorsitzende des Landesbeirats Schulbau. Budde hatte zuletzt das Referat für Schulbauangelegenheiten beim Bildungsministerium in Potsdam geleitet. Der Beirat soll die Senatsbildungsverwaltung sowie die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Fragen des Schulbaus und der -sanierung beraten. Auch die GEW BERLIN wurde berufen.

Matthias Kollatz-Ahnen (SPD), Berliner Finanzsenator, führt als Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) künftig für die Bundesländer die Tarifgespräche im öffentlichen Dienst. Ob ein Berliner im Amt des TdL-Chefs ein Grund zur Freude ist, wird die Länder-Tarifrunde im Frühjahr 2019 zeigen.

Heidi Klum hat zum Beginn der 13. Staffel ihrer Castingshow »Germany's Next Topmodel« eine klare Botschaft bekommen. Eine Gruppe von Schüler*innen aus Hamburg produzierte gemeinsam mit der Protestorganisation Pinkstinks unter dem Hashtag *#keinbildfürheidi* den Song »Not Heidis Girl«. Der Clip bekam auf YouTube in kürzester Zeit hunderttausende Clicks. Klums Show wird dafür kritisiert, Mädchen* und junge Frauen* in ihrem Selbstwertgefühl zu gefährden.

FOTO: FOTOSTUDIO CHARLOTTENBURG

Die Macht des Faktischen

Arbeitsentlastung ist der einzige Weg, dem Mangel an Lehrkräften zu begegnen

von Dieter Haase, Leiter des Vorstandsbereichs Finanzen in der GEW BERLIN

Die Bildungspolitik der Berliner SPD hat uns über Jahrzehnte in die Misere geführt. Sparen bis es quietscht, Arbeitszeiterhöhungen, Reduzierung der Lehramtsstudienplätze, Verfall der Bildungseinrichtungen. Allen Senator*innen lagen die warnenden Prognosen vor. Sie hätten das Steuer herumreißen müssen.

Inzwischen kann der Lehrkräftebedarf kaum noch gedeckt werden. 42 Prozent der Neuen sind Quereinsteiger*innen, in der Grundschule sind es sogar 53 Prozent. Und wir wissen, dass sich die Lage weiter verschlechtern wird. Dank steigender Schüler*innenzahlen erhöht sich der Lehrkräftebedarf bis ins Jahr 2024/25 um 4.281 Vollzeitstellen. Gleichzeitig sinkt der Lehrkräftebestand um 9.240 Stellen. Neu besetzt werden müssen 13.521 Vollzeitstellen, was etwa 15.000 Personen entspricht. Mindestens, denn die bisherigen Prognosen lagen immer weit unter dem tatsächlichen Bedarf.

Nach bisherigem Kenntnisstand verbleiben von den Lehramtsabsolvent*innen jährlich etwas über 800 im Berliner Schuldienst. Bei Einstellungsbedarfen von bis zu 3.000 Lehrkräften im Jahr können wir uns ausrechnen, was das bedeutet. Auch die Zahl der Quereinsteiger*innen wird nicht ausreichen, damit Berlin in den nächsten Jahren seinen Lehrkräftebedarf decken kann.

Vor diesem Hintergrund muss sich die GEW BERLIN für die Beschäftigten in den Schulen neu aufstellen. Eine Pflichtstundenreduzierung wird in den nächsten Jahren nicht möglich sein. Die Reduzierung des Lehrdeputats um nur eine Stunde macht 1.100 zusätzliche Stellen nötig. Dafür fehlt schlicht das Personal. Trotzdem muss klar sein: Angesichts der dramatischen Arbeitsbelastung sind konkrete Entlastungen unerlässlich!

In der Öffentlichkeit werden derzeit zwei Maßnahmen diskutiert, um dem Lehrkräftemangel zu begegnen: Die Reduzierung der hohen Teilzeitquote unter Lehrkräften und der Einsatz erfahrener Pädagog*innen über den Pensions- bzw. Renteneintritt hinaus. Als GEW müssen wir dafür sorgen, dass mögliche Maßnahmen zur Teilzeit, zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und zur Mehrarbeit nur auf freiwilliger Basis unter mitgestalteten Rahmenbedingungen zur Anwendung kommen.

Die Bildungsverwaltung muss die Arbeitsbedingungen der Pädagog*innen verbessern, wenn sie den Fachkräftemangel beheben will. Denn die Arbeitsbelastung ist ein wesentlicher Grund dafür, dass 40 Prozent der Lehrkräfte in Teilzeit arbeiten und mehr als 60 Prozent vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden.

Viel zu viel Zeit verbringen Lehrkräfte hierzulande damit, Büchergeld einzusammeln, Klassenfahrten zu organisieren oder die Technik zum Laufen zu bringen. Und das sind nur einige Beispiele. Unsere Schulen brauchen mehr Sozialarbeiter*innen, mehr Hausmeister*innen, unterrichtsunterstützendes Personal, IT-Betreuer*innen und Schulsekretär*innen. Wir brauchen auch eine dringende Entlastung für die Erzieher*innen. Es braucht verlässlich Zeit, damit beide Professionen gut miteinander kooperieren können. Schule muss sich weiter entwickeln. Und Lehrkräfte müssen sich endlich auf ihre originäre Aufgabe, das Unterrichten, konzentrieren können.

Der Lehrer*innenberuf muss attraktiver werden! Als Gewerkschaft dürfen wir die Initiative nicht der Senatsverwaltung überlassen und natürlich müssen wir über das Jahr 2025 hinausdenken.

Die studentischen Beschäftigten kämpfen weiter. Mit ihren Warnstreiktagen sechs, sieben und acht in diesem Jahr erhöhten sie in der letzten Woche vor den Semesterferien noch einmal den Druck auf die Arbeitgeber. Das ist nötig, weil die Hochschulleitungen die Forderungen der Studierenden bisher ignorieren. Ein demokratischer und respektvoller Umgang mit den eigenen Beschäftigten sieht anders aus.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

20 Prozent mehr Gehalt für Pensionär*innen

Um dem drastischen Lehrkräftemangel zu begegnen, wollen Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) und Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD), angehende Pensionär*innen länger im Beruf halten. Mit einem 20-prozentigen Gehaltszuschlag und der Aussicht auf eine erhöhte Pension sollen die Lehrkräfte gebunden werden. Vor allem der hohe Anteil an Quereinsteiger*innen macht die Einarbeitung durch erfahrenere Kolleg*innen aus Sicht der Senatsverwaltung dringlich. Allerdings verlassen viele Lehrkräfte die Schule krankheitsbedingt und wegen der hohen Arbeitsbelastung vorzeitig. Von 1.240 pensionierten Lehrkräften arbeiteten im Jahr 2015 nur 453 bis zur regulären Pensionsgrenze.

Es fehlen zehntausende Grundschullehrkräfte

Der Lehrkräftemangel spitzt sich mit jeder Einstellungsrunde zu. Nur ein Viertel der zum Februar 2018 neu eingestellten Lehrkräfte an Berliner Grundschulen sind ausgebildete Grundschullehrkräfte. Über alle Schulformen hinweg beträgt der Anteil von Quereinsteiger*innen an den Neueinstellungen zum zweiten Schulhalbjahr 38 Prozent. Bundesweit müssen laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung bis 2025 knapp 105.000 Grundschullehrkräfte neu eingestellt werden. 60.000, um die Lehrkräfte zu ersetzen, die bis dahin in den Ruhestand gehen. 26.000, um den Schüler*innenzuwachs abzufangen und 19.000, um den Anspruch auf Ganztagsschule zu bewältigen. Den 105.000 stehen allerdings nur 70.000 Absolvent*innen gegenüber. Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann-Stiftung, riet daher dazu, den im Koalitionsvertrag angedachten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zu streichen.

Ungleichheit wie vor 100 Jahren

Eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, dass die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren zugenommen hat. Während im Jahr 1995 die oberen zehn Prozent der Bevölkerung noch 32 Prozent aller Bruttoeinkommen bezogen, kamen sie 2013 auf einen Anteil von 40 Prozent. Damit ist ein Niveau der Ungleichheit wie vor dem Ersten Weltkrieg erreicht. Weltweit hat die Einkommensungleichheit seit 30 Jahren zugenommen, besonders rasant in den USA, China, Indien und Russland. Dieses Ergebnis steht im ersten Weltreport über Ungleichheit. Die Autor*innen warnen: Setzt sich der Trend fort, werden 2050 die reichsten 0,1 Prozent genauso viel Weltvermögen besitzen wie die globale Mittelschicht.

Mitte kündigt Kita-Betreiber

Der Bezirk Mitte kündigt einem privaten Kita-Betreiber, weil der 133 Euro Zusatzbeitrag im Monat verlangt und nach Ansicht des Bezirksamts nichts für eine soziale Durchmischung der Kinder unternimmt. Die betroffenen Eltern und zahlreiche Unterzeichner*innen einer Online-Petition kritisierten die Kündigung scharf und verteidigten die Beiträge für Zusatzleistungen wie Frühenglisch, Spanisch und Yoga. Der Bezirk will die Kita-Plätze nicht streichen, sondern einen Betreiberwechsel ab 2019 und die Schaffung von 60 zusätzlichen Kita-Plätzen.

Fast jede*r Fünfte in Teilzeit

In Berlin sind 18 Prozent der Arbeitnehmer*innen in Teilzeit tätig. Jede dritte Berlinerin* und jeder zehnte Berliner* arbeitet auf einer Teilzeitstelle. Das geht aus dem Betriebspanel Berlin 2016 hervor, das im Dezember von Arbeitssenatorin Elke Breitenbach (Linke) vorgestellt wurde. Auch die Zahl der Arbeitnehmer*innen mit befristetem Vertrag, Mini- und Leiharbeiter*innenjobs ist angestiegen. Fast jede*r vierte war 2016 in einem solchen Beschäftigungsverhältnis tätig. Breitenbach will gegen diesen Trend vorgehen und unbefristete Vollzeitstellen wieder zur Regel machen. Konkret fordert sie ein Rückkehrrecht auf Vollzeitstellen, die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen und eine Sozialversicherungspflicht für Mini-Jobs.

Arbeitsbelastung von Lehrkräften

Laut einer Studie der Georg-August-Universität Göttingen arbeiten Lehrkräfte in Deutschland länger als vergleichbare Beschäftigte im öffentlichen Dienst: 48:18 Wochenstunden, und das bei Berücksichtigung der Ferienzeiten. Im Durchschnitt des öffentlichen Dienstes sind es 46:38 Wochenstunden. Diese Zahlen stammen aus einer Vergleichsanalyse von 20 Studien aus sechs Jahrzehnten. Zwischen 14 und 19 Prozent der Lehrkräfte bewege sich sogar im Bereich überlanger Arbeitszeiten von mehr als 48 Wochenstunden. Die Sieben-Tage-Woche sei die Regel, was zur

Verknappung von Erholungsphasen führe, so der Bericht. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatte 2015 kritisiert, dass es keine nachvollziehbare Erfassung der Arbeitsbelastung von Lehrkräften gebe.

Leichte Verbesserungen bei PISA

Zwar liegt Deutschland laut der aktuellen PISA-Studie in puncto Chancengleichheit noch immer unter dem Durchschnitt, aber der Anteil der gut abschneidenden Schüler*innen mit erschwerter sozialer Ausgangslage sei hierzulande so stark gewachsen wie in kaum einem anderen Industrieland. Mehr Ganztagsschulen, die Zusammenführung von Haupt- und Realschule, frühkindliche Bildung an Kitas und eine stärkere Förderung von Schüler*innen mit Migrationshintergrund seien die notwendigen Maßnahmen, um den Bildungserfolg weiter von der sozialen Herkunft zu entkoppeln, heißt es in der Studie.

Investitionsstau an Hochschulen

Der Sanierungsbedarf an den Gebäuden der elf staatlichen Berliner Hochschulen ist doppelt so hoch wie bisher angenommen. Laut einem noch unveröffentlichten Gutachten wird er auf 3,2 Milliarden Euro geschätzt. Ein externes Planungs- und Beratungsunternehmen wurde vom Land damit beauftragt, rund 450 Bestandsgebäude zu untersuchen. Investitionen in Berlins Hochschulen gehören zu den Schwerpunkten der rot-rot-grünen Landesregierung. Bislang ist schätzungsweise aber nur etwa ein Drittel der Summe abgedeckt. Der fehlende Milliardenbetrag könnte über rund 15 Jahre gestreckt werden und würde folglich 140 bis 150 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich ausmachen.

Beratungsfirma streicht Schulneubaupläne zusammen

Der Senat hat die Beratungsfirma »aim architecture consulting« beauftragt, die Pläne für den Schulneubau zu überprüfen. Diese hat nun zahlreiche Abstriche vorgenommen. So soll die durchschnittliche Nutzfläche einer Schule um mehr als ein Zehntel kleiner werden. Damit lassen sich laut Beratungsunternehmen 2,8 Millionen Euro pro Schule sparen. Vor allem Fachräume, Lernwerkstätten, Speiseräume, aber auch Aufenthaltsräume und Arbeitsplätze für pädagogisches Personal sollen, soweit überhaupt geplant, verkleinert werden. Auch der Plan, die Schulen etwa über Stadtteilzentren oder Bibliotheken zum Kiez hin zu öffnen, soll aus Kostengründen zunächst nicht weiterverfolgt werden, empfehlen die Berater*innen.

CDU fordert mehr Unterrichtsstunden an Grundschulen

Die CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters schlägt vor, die Stundenzahl in den Grundschulen um sieben Stunden pro Woche auf das Hamburger Niveau von 27 Stunden zu erhöhen. Davon erhofft sie sich bessere Leistungen Berliner Grundschüler*innen. Woher die Lehrkräfte für diese Stundenerhöhung kommen sollen, bleibt allerdings offen. Bildungssenatorin Sandra Scheeres konterte, dass Grütters bei ihrem Vergleich mit Hamburg weder Berlins nicht verpflichtenden Religionsunterricht noch die Förderstunden berücksichtigt habe. Die GEW BERLIN fordert die Politik auf, endlich den flächendeckenden Ganztag in Berliner Grundschulen besser auszustatten, anstatt über eine Erhöhung der Stundentafel zu diskutieren.

Inklusion auch am Gymnasium

Bildungssenatorin Scheeres möchte in den nächsten vier Jahren 25 weitere Schulen barrierefrei machen. Oberschulen mit inklusivem Schwerpunkt sind in Berlin nämlich rar. Zuletzt hatten Eltern von Grundschüler*innen mit Förderbedarf geklagt, dass es zwar gute Grundschulen für ihre Kinder in Berlin gebe, aber der Übergang auf eine weiterführende Schule sehr schwierig sei. Von den elf Inklusionsschulen in Berlin gehen nur vier über die Grundschule hinaus. Eine gymnasiale Oberstufe mit Inklusion gibt es gar nicht.

Berliner Jugendliche kommen zu kurz

Der Geschäftsführer der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg, Bernd Becking kritisiert, dass die Berliner Schulen ihre Schüler*innen nicht ausreichend auf das Berufsleben vorbereiten. Nach Angaben der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit waren im vergangenen Jahr 11,7 Prozent der unter 20-jährigen Berliner*innen ohne Arbeitsstelle. Das sei eine der höchsten Jugendarbeitslosenquoten in Deutschland, wo im Schnitt 3,6 Prozent der jungen arbeitslos ist. Auch die Zahl der Schulabgänger*innen ohne Abschluss ist nach wie vor hoch. Zehn Prozent, also 2.500 bis 3.000 Schüler*innen, verlassen jährlich das Berliner Bildungssystem ohne Berufsreife.

ÜBRIGENS

Genug Zeit zu haben, um gut zu arbeiten und gut zu leben, darum geht es in dem Themenschwerpunkt dieser Ausgabe. Wir wollen beides. Schwierigkeiten bereiten uns die Intensivierung und Entgrenzung von Arbeitszeit und vor allem für Frauen die schlechte Bezahlung in Teilzeit.

Es lohnt sich hierzu, auch die Februar-Ausgabe E&W noch einmal genauer durchzublättern. Es gibt einige sehr gute Artikel, die das Thema Gleichstellung und hier vor allem die fehlenden Frauen auf den Chefsesseln thematisieren.

Wenn ihr unser Heft gleich nach dem Erhalt in die Hand genommen habt, kommt diese Erinnerung noch rechtzeitig. Die Demo zum Internationalen Frauen*-kampftag startet heute, am 8. März, um 17 Uhr am Hermannplatz. Lasst uns gemeinsam auf die Straße gehen für eine gerechte Welt, in der Frauen* nicht länger als Menschen zweiter Klasse behandelt werden und für eine Welt, in der niemand Angst davor haben muss, anders zu sein. *CMdR*

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die Redaktion freut sich über Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. *Also schreibt für die bbz!* Schickt eure Texte an bbz@gew-berlin.de und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS – IMMER MITTWOCH

Juni 2018: 25. April

Juli/August 2018: 30. Mai

IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Doreen Beer, Josef Hofman, Manuel Honisch, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Bertolt Prächt (Fotos), Gelareh Shahpar (studentische Hilfskraft), Doreen Stabenau (Sekretariat).
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 14 vom 1. Juli 2017
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, E-Mail info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin

ISSN 0944-3207 3/2018: 29.000

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Änderungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der bbz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

ZEIT ZU LEBEN, ZEIT ZU ARBEITEN

Mit ihrem Gewerkschaftstagbeschluss »Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten« legt die GEW einen Fokus auf die gesellschaftliche Umverteilung von Zeit

von Bärbel Lange

Wir erinnern uns: Als direkte Folge der Novemberrevolution 1918 in Deutschland wurde die Arbeitszeit auf acht Stunden pro Werktag begrenzt. Lange Jahre ruhten dann die Auseinandersetzungen um weitere Verkürzungen der Arbeitszeit. 1984 kämpfte die IG Metall für die 35-Stunden-Woche. Nach sieben Wochen Streik und Aussperrung konnte das Dogma der Arbeitgeber*innen »keine Minute unter 40 Stunden« gebrochen werden. Es dauerte noch bis 1995, schrittweise wurde der Einstieg in die 35-Stunden-Woche geschafft. Das Ziel sollte sein, die Arbeit zu sichern und gerechter zu verteilen und schließlich, Arbeit menschlicher zu machen. »Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen«: Dafür stand die 35-Stunden-Sonne.

Männer wollen weniger, Frauen mehr arbeiten

Arbeitsverdichtung, Entgrenzung der Arbeit, Flexibilisierung, Befristungen, Digitalisierung und ständige Erreichbarkeit. Die physischen und psychischen Belastungen der Beschäftigten nehmen zu und wirken sich negativ auf ihre Gesundheit aus.

Arbeitszeitstudien belegen, wie notwendig mehr Arbeitssouveränität für Beschäftigte ist. Männer sind in der Erwerbsarbeit häufiger überbeschäftigt. Insbesondere, wenn Kinder zu versorgen sind, haben

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Männer deutlich längere Arbeitszeiten. Sie wünschen sich eine Stundenreduzierung.

Männer sind in Deutschland zu über 81 Prozent erwerbstätig, bei Frauen sind es 71 Prozent. Sie sind in der Erwerbsarbeit hingegen geringbeschäftigt. Ihre gewünschte Arbeitszeit liegt bei 30 bis 34 Wochenstunden. Teilzeit betrifft inzwischen rund 13 Millionen Menschen und ist überwiegend weiblich.

Erwerbsarbeit und Sorgearbeit zusammen denken

Doch die beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Debatten werden häufig immer noch geschlechtsblind geführt. Dies hat vor allem damit zu tun, dass ein Teil des Lebens, nämlich das Leben jenseits der Erwerbsarbeit, ausgeblendet wird. Die Arbeit im Erwerbsleben muss aber in Beziehung zur Sorgearbeit gebracht werden, sonst nehmen wir billigend in Kauf, dass dieser lebensnotwendige Bereich – privat, unbezahlt, überwiegend von Frauen verrichtet – und seine soziale Absicherung Privatsache bleibt.

Arbeitszeitpolitik ist also mit Bildungs-, Familien-, Gesundheits- und Rentenpolitik, mit der Gleichstellungspolitik verbunden und braucht den Blick aus der Geschlechterperspektive. Ziel ist, allen Geschlechtern eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie und ein gleichberechtigtes partnerschaftliches Leben zu ermöglichen.

Das Ziel, Menschen in sämtlichen Lebensbereichen zu ermöglichen, über ihre Zeit weitestgehend selbstbestimmt verfügen zu können, ist ein Kernstück feministischer Zeitpolitik. Es geht dabei um nicht weniger, als Zeit für das ganze Leben zu haben: Zeit für Erwerbsarbeit, für Sorgearbeit, für Kultur, Bildung, politische Einmischung, letztendlich aber auch zum Faulenzen. Radikale Konzepte sind erforderlich, damit sich in der Erwerbsarbeitszeit und in der Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern sowie bei der politischen Beteiligung etwas ändert.

Die Debatte um Arbeitszeitverkürzung und Zeitsouveränität darf also nicht auf die Eindämmung von Erwerbsarbeitszeiten verengt werden. Der Blick auf alle Lebensbereiche und die Lebensqualität ist notwendig, um bedürfnisorientierte und zeitgemäße gewerkschaftliche Antworten zu suchen. Für entsprechende flexible Arbeitszeiten braucht es kollektive Lösungen.

Frauen arbeiten die halbe Zeit unbezahlt

Auch die »private Arbeitsteilung« zwischen den Geschlechtern ist in den Blick zu nehmen. Das bundesdeutsche Modell des männlichen Alleinverdieners in der Familie hat sich mehr und mehr überlebt. Die »neoliberale Wirtschaftsweise« braucht Männer wie Frauen in der Arbeitswelt. Traditionelle Geschlechterverhältnisse im Privaten bestehen jedoch im Grundsatz immer noch. Frauen arbeiten pro Woche 45 Stunden und 38 Minuten und damit eine Stunde länger als Männer. Frauen wenden aber nur die Hälfte dieser Zeit für die bezahlte Arbeit auf, bei Männern sind es 75 Prozent. Wir brauchen auch eine Verteilung der ganzen Arbeit zwischen den Geschlechtern.

Der Gewerkschaftstag der GEW im Mai 2017 beschloss folgerichtig den wegweisenden Antrag »Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten«, den der Bundesfrauenausschuss einreichte. *(Den Antrag findet ihr in der Online-Version dieser Ausgabe verlinkt.)* Der Antrag definiert die Ziele, die sich die GEW für die nächsten Jahre zu diesem Thema steckt. Unter anderem wollen wir uns für mehr Zeitsouveränität im Arbeitsalltag, für eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung, eine »kurze Vollzeit«, für das Recht auf befristete Teilzeit, für eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung und in dem Zusammenhang für das Konzept der Familienarbeitszeit einsetzen. *(Mehr zu den GEW-Forderungen findet ihr in der Marginalspalte auf den folgenden Seiten.)*

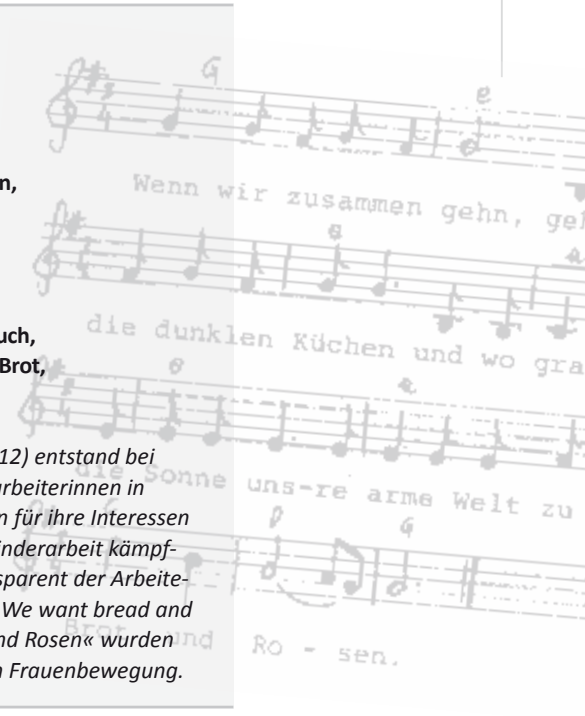
Der Landesfrauenausschuss der GEW BERLIN hat die Diskussion um die »ganze Arbeit« begonnen. Nicht nur Frauen folgten unserer Einladung zum Themenabend »Entgrenzte Arbeit«. Wir haben lebhaft diskutiert über die Belastungen am Arbeitsplatz und im »Privaten« und beides in Beziehung gesetzt zu den Ansprüchen an ein gutes Leben. Die Idee, weitere Aktivitäten auf der Basis des Gewerkschaftstagbeschlusses zur Zeitpolitik durchzuführen, wurde begrüßt. ■

»BROT UND ROSEN«

»Wenn wir zusammen gehen,
kämpfen wir auch für den Mann,
weil ohne Mutter kein Mensch
auf die Erde kommen kann.

Und wenn ein Leben mehr ist
als nur Arbeit, Schweiß und Bauch,
wollen wir mehr. Gebt uns das Brot,
doch gebt die Rosen auch.«

Das Lied »Brot und Rosen« (1912) entstand bei einem Streik von 14.000 Textilarbeiterinnen in Lawrence, USA, die entschieden für ihre Interessen und gegen Hungerlöhne und Kinderarbeit kämpften. Der Text geht auf ein Transparent der Arbeiterinnen zurück, auf dem stand »We want bread and roses, too«. Die Worte »Brot und Rosen« wurden zum Motto der amerikanischen Frauenbewegung.



Zeitsouveränität im Arbeitsalltag: *Beschäftigte erhalten mehr Möglichkeiten, ihre Arbeits- und Lebenszeit frei einzuteilen. Dabei geht es um alle Facetten von Zeit: Zeit für den Beruf, Zeit für Aus-, Fort- und Weiterbildung, Zeit für die Familie und Freundschaften, Zeit für sich selbst, Zeit für politisches Engagement.*

Bärbel Lange, Mitglied des Leitungsteams des Landesfrauenausschusses und Frauenvertreterin in Reinickendorf

ZEIT FÜR NEUE ZEITEN

Die Klagen über hohe Arbeitsbelastung sind laut. Gleichzeitig sitzen viele Frauen in der Teilzeitfalle. Die Diskussion um Arbeitszeit hat verschiedene Dimensionen

von Christina Klenner

Vielen Menschen sind ihre Arbeitszeiten zu lang. Ihnen bleibt nicht genug Zeit für Kinder, Freund*innen, Partner*innen, Sport, Erholung, von Ehrenämtern gar nicht zu reden. Für andere ist die Arbeitszeit zu kurz für ein existenzsicherndes Einkommen. Frauen in kleiner Teilzeit stecken nicht selten in der Teilzeitfalle. Sie können ihre Arbeitszeit nicht aufstocken, auch wenn sie das Geld dringend bräuchten. Einen garantierten Rückweg aus der Teilzeit in die Vollzeit oder zu mehr Arbeitsstunden gibt es bisher nicht. Für wieder andere ist die Arbeitszeit zu kurz, weil die Arbeit innerhalb der vereinbarten Arbeitszeit nicht zu schaffen ist. Dann bleiben sie länger oder nehmen Arbeit mit nach Hause. Probleme über Probleme – Reformbedarf besteht in alle Richtungen.

Die Arbeitszeit ist ein altes gewerkschaftliches Thema. Durch gewerkschaftliche Kämpfe sind die überlangen Arbeitszeiten aus der Zeit der Industrialisierung auf ein Normalmaß reduziert worden. Doch auch die heutige »Normalarbeitszeit«, der tarifliche Vollzeitstandard, setzt eigentlich immer noch eine sorgende Person im Hintergrund voraus. An die Zeit für Kindererziehung, Essenszubereitung, Putzen oder Pflege war beim Kampf um den Acht-Stunden-Tag nicht gedacht. Deshalb war der Kampf um weitere Arbeitszeitverkürzungen, etwa den Sechs-Stunden-Tag, zugleich ein Thema der Frauenbewegung. Hinzu kommt das gesundheitliche Argument: Arbeitsverdichtung und zunehmende Anforderungen am Arbeitsplatz sprechen für kürzere Arbeitszeiten, auch zur Gesunderhaltung.

Konzept der Familienarbeitszeit: *Menschen mit Fürsorgeaufgaben werden bei der partnerschaftlichen Aufteilung der Zeit für Beruf und Familie unterstützt. Beschäftigte, die zur Betreuung von Kindern bis acht Jahren oder für die Pflege von Angehörigen ihre Arbeitszeit auf 26 bis 36 Stunden reduzieren, sollen nach Plänen der SPD ein »Familiengeld« von 150 Euro für bis zu 24 Monate erhalten. Ziel ist es auch, zu ermöglichen, dass Frauen mehr Erwerbsarbeit und mehr Männer Sorgearbeit leisten können.*

Kürzere Arbeitszeit führt zur Arbeitsintensivierung

Warum ist trotzdem die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit zum Stillstand gekommen? Dafür gibt es viele Gründe, nicht zuletzt der massive Widerstand der Arbeitgeber*innen. Ein Grund dafür, warum Gewerkschaften nicht mehr für Arbeitszeitverkürzungskämpfe mobilisieren konnten, ist die »Leistungsschraube«, an der vielerorts gedreht worden ist. Es ist die Erfahrung vieler Arbeitnehmer*innen, dass mit Arbeitszeitverkürzungen kein entsprechender Personalausgleich verbunden war. Die Beschäftigten wurden mit den Folgen kürzerer Arbeitszeiten allein gelassen. Kürzere Arbeitszeiten führten oft zur Arbeitsintensivierung und erzeugen ein Überlastungsproblem. Wenn nicht in Zukunft mit kürzerer Arbeitszeit eine andere Organisation der Arbeit verbunden und zusätzliches Personal eingestellt wird, so dass die Beschäftigten ihre Arbeit ohne Hetze und in guter Qualität in kürzerer Zeit schaffen können, wird wenig Potenzial für weitere Arbeitszeitverkürzungen da sein.

Ein anderer Grund ist, dass für viele Beschäftigte nicht so sehr die Länge, sondern vielmehr die ihnen abverlangte Flexibilität, die Arbeitszeitlage oder die mangelnde Planbarkeit der Arbeitszeit die größten Probleme darstellen. Das heißt, es geht vor allem um eine Begrenzung des Zugriffs der Arbeitgeber*innen auf die Zeit der Beschäftigten, um mehr Autonomie für die Einzelnen zu ermöglichen. Die Lage und die Verteilung der Arbeitszeit folgen heute für viele Menschen keinem gleichmäßigen Muster mehr. Sehr flexibel müssen sich viele Beschäftigte zeigen, in Dienstleistungsberufen oder in Betrieben mit Wochenendarbeit und Schichtbetrieb. Wenn heute Arbeitgeber*innen immer mehr Flexibilität von den Arbeitnehmer*innen fordern, gerät leicht aus dem Blick, dass sich die betriebsbezogene Flexibilität in den letzten Jahren bereits enorm vergrößert hat.

Keine Fabriksirene verkündet mehr das Arbeitsende

So hat ziemlich lautlos die Arbeit zu sogenannten »atypischen Zeiten« – abends, nachts, am Samstag oder Sonntag – immer mehr zugenommen. Auch das »Arbeiten ohne Ende« ist für manche Berufsgruppen problematisch. Arbeitszeitgrenzen haben nicht mehr ihre frühere Bedeutung, als die Fabriksirene das Arbeitsende verkündete. Das gilt dort, wo die Arbeit flexibel in Zeit und Raum organisiert ist, wie beim Homeoffice und ergebnisorientierten variablen Arbeitszeiten. Das bringt zwar Chancen für mehr Selbstbestimmung aber auch Gefahren mit sich. Viele Menschen machen ihre Arbeit gern und wollen Kund*innen, Patient*innen, Kolleg*innen oder Kinder nicht im Stich lassen, »nur« weil ihre vereinbarte Arbeitszeit zu Ende ist. Arbeitszeitregulierung kann da wenig helfen, Grenzen zu setzen. Hier muss Arbeitszeit und Leistung wieder in ein vernünftiges Maß gebracht werden, mit mehr Personal und mit der Möglichkeit, dieses Mehr an Arbeitszeit an anderer Stelle wieder ausgleichen zu können.

Mit flexibler Arbeitszeit haben sich Arbeitszeitkonten verbreitet. Sie machen eine Umverteilung von Arbeitszeiten teils im betrieblichen, teils im persönlichen Interesse möglich. Ob Arbeitszeitkonten das Leben der Beschäftigten erleichtern oder erschweren, hängt ganz von den konkreten Regelungen ab. Wer entscheidet über den Aufbau von Arbeitszeitguthaben? Wer darf Zeit entnehmen? Günstig sind Gleitzeitkonten, bei denen Beschäftigte relativ selbstbestimmt einmal länger arbeiten, ein anderes Mal eher gehen können oder auch Jahresarbeitszeitkonten, bei denen ganze freie Tage bei Bedarf in Anspruch genommen werden können. Häufig ist es aber auch so, dass vor allem die Betriebe Vorteile nutzen. Die Beschäftigten müssen länger arbeiten, wenn die Auftragsbücher voll sind, erhalten dann keine Überstundenvergütung, aber wenn Flaute ist werden sie nach Hause geschickt, obwohl sie mit der Zeit dann vielleicht nicht viel anfangen können. Es ist dann »Zeit zur falschen Zeit«.

Gaps überwinden, Gleichstellung schaffen

Immer mehr Frauen sind heute erwerbstätig und viele von ihnen haben eine Teilzeittätigkeit aufgenommen. Die Folge ist ein sehr großer Unterschied zwischen den Arbeitszeiten von Frauen und Männern von durchschnittlich mehr als acht Stunden pro Woche. Im langfristigen Trend sind dadurch zwar die durchschnittlichen Arbeitszeiten gesunken. Aber während bei früheren allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen per Tarifvertrag das Entgelt gleich blieb, gibt es für die »individuelle Variante« der Arbeitszeitverkürzung bei Teilzeit keinen Entgeltausgleich. Diese Lücke in den Arbeitszeiten, auch Gender Time Gap genannt, ist ein ernstes Gleichstellungsproblem für Frauen. Die Teilzeitarbeit führt nicht nur zu niedrigeren Einkünften, weil für weniger Stunden weniger Entgelt gezahlt wird. Auch der Stundenlohn liegt bei Teilzeitbeschäftigten im Schnitt deutlich niedriger als bei Vollzeitbeschäftigten und die Karrierechancen sind begrenzt. So trägt die Arbeitszeitlücke zum Gender Pay Gap und zu Ungleichheiten später bei der Rente bei. Auch die häusliche Arbeitsteilung bleibt traditionell, wie Untersuchungen zeigen, wenn die Frau Teilzeit und der Mann Vollzeit arbeitet.

Gefahren von Teilzeit erkennen

Auch Arbeitgeber*innen ziehen Vorteile aus der Teilzeitarbeit. Sie haben sich darauf eingestellt, dass Frauen in Teilzeit besonders flexibel eingesetzt werden können und als

Meine Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten ...

LAURA RÖBENACK

Assistenz der Wissenschaftlichen Koordinatorin für das Drittmittelprojekt »Fachdidaktische Qualifizierung Inklusion angehender Lehrkräfte«

Was reizt Sie an Ihrer Aufgabe?
Ich kann meinen Arbeitsalltag weitgehend selbständig gestalten und Absprachen treffen.

Vor welchen großen beruflichen Herausforderungen stehen Sie zurzeit?
Die Bewältigung eines Vollzeitjobs und parallel das Weiterarbeiten an meiner Promotion, die leider nicht Bestandteil meiner Arbeit ist.

Warum arbeiten Sie Vollzeit?
Ich arbeite Vollzeit aus Freude an meinem Beruf. Ich gehe gern ins Büro. Auch wegen meiner persönlichen Altersvorsorge habe ich mich für 100 Prozent entschieden. Weniger zu arbeiten würde eine drastische Reduzierung des Einkommens bedeuten. Das will ich nicht.

Empfinden Sie Ihre Vollzeittätigkeit als Belastung?
Ja, ich empfinde die Vollzeittätigkeit als Belastung. Sie beschränkt meiner Meinung nach vor allem die Flexibilität junger Arbeitnehmer*innen. Wir erfüllen längst nicht mehr nur eine Tätigkeit an einem Ort. Vollzeit tätig zu sein bedeutet weniger variabel bei der Erfüllung der eigenen Bedürfnisse im Beruf, in der Familie oder bei Freizeitaktivitäten zu sein.

Finden Sie Zeit sich fort- und weiterzubilden?
Die Humboldt-Universität bietet das ganze Jahr über Weiterbildungskurse für ihre Mitarbeiter*innen an. Die Teilnahme ist nur insoweit belastend, als dass meine Aufgaben liegen bleiben und nachgearbeitet werden müssen. Nicht selten kommt es dann zu einer Anhäufung von Arbeit. Der Arbeitsaufwand normalisiert sich dann erst Tage später.

Wie kann sich ein*e Wissenschaftler*in im Arbeitsalltag entlasten?
Durch Gespräche mit Kolleg*innen, die in einer ähnlichen Lage sind. Die Nöte und Ängste beim Namen zu nennen und sich darüber auszutauschen hilft ungemein. Und neumodisch durch Apps. Ich habe das Telefon während der Arbeit im Flugmodus, benutze aber die App Focus Keeper, um mir die Arbeitszeit einzuteilen und trotz Stress und Zeitnot Pausen zu machen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Beschäftigte belastend. Welche weiteren Belastungen sehen Sie im Wissenschaftsbereich?
Die Verzweigung und Verästelung von Anforderungen sowie die Übertragung von Arbeitsfeldern, die mit der eigentlichen Tätigkeit nichts zu tun haben. Und die befristeten Arbeitsverträge verhindern eine langfristigere Planung und erhöhen den Druck, nach neuen Stellenausschreibungen Ausschau zu halten oder sich um eine Verlängerung des bestehenden Dienstverhältnisses zu kümmern.

Engagieren Sie sich politisch oder ehrenamtlich?
Ich habe mich im Dezember in meinem Bezirksamt gemeldet und kandidiere als Schöffin im Jugendgericht für die bevorstehende Berliner Schöffenwahl.

Sie haben einen Wunsch frei, um Ihre Tätigkeit zu entlasten. Welcher wäre das?
Die Arbeitsabläufe sollten zunehmend digitalisiert und die Verwaltungsabläufe reduziert werden.

Vertretungen einspringen. Teilzeitbeschäftigte arbeiten intensiver und müssen oft für weniger Geld (fast) das gleiche Pensum bewältigen. So ist Teilzeit zwar zum Teil freiwillig, zum Teil aber auch unfreiwillig, weil den Bewerber*innen keine anderen Verträge angeboten wurden.

Ein Teil der Teilzeitbeschäftigten, vor allem Frauen, arbeiten weniger als 15 Stunden in der Woche. Die viel kritisierte Minijobregelung setzt hier nach wie vor Fehlanreize, die Frauen verführt, sich mit kleinen Teilzeitverträgen zufrieden zu geben, die ihnen weder heute noch in der Rente eine ausreichendes Einkommen sichern können. Die Erkenntnis, dass das riskant ist, setzt sich erst langsam durch. Dabei können zerbrechende Partnerschaften oder der »Ausfall« des für das Haushaltseinkommen zuständigen Partners durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit Frauen unverhofft zu Familienernährerinnen machen.

Am anderen Ende des Spektrums gibt es Frauen und Männer, die regelmäßig 45 Stunden und mehr arbeiten. Das ist unter heutigen Bedingungen, die aber geändert werden könnten, oft der Preis für eine Führungsposition. Auch diese Unterschiedlichkeit der heutigen Arbeitszeiten für verschiedene Beschäftigtengruppen macht es schwer für Gewerkschaften, für arbeitszeitpolitische Ziele einzutreten. Die IG Metall hat in der gerade beendeten Tarifrunde nun für das Recht gekämpft, befristet auf 80 Prozent Arbeitszeit zu wechseln. Vielleicht ist das der Beginn weiterer arbeitszeitpolitischer Fortschritte, die nicht nur für eine bessere Work-Life-Balance und Zeit für die Familie, sondern auch für mehr Geschlechtergerechtigkeit und ein gesundes Altwerden im Beruf wichtig wären. Die Zeit ist reif für neue Zeiten. ■

Christina Klenner,
Leitung des Referats Genderforschung im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung

WAS TUN SIE, FRAU SCHEERES?

Zwei Frauenvertreterinnen fragen bei Senatorin Sandra Scheeres nach, wie sie sich eine Entlastung ihrer Beschäftigten an den Schulen vorstellt. Sie fordern eine neue Arbeitszeitkultur

von Elke Gabriel und Sabine Pregizer

Recht auf befristete Teilzeit: *Beschäftigte, die zeitlich begrenzt ihre Arbeitszeit verringern möchten, können nach der Teilzeitphase wieder zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren. SPD und Union haben sich in ihren Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt, dass es dieses Recht in Betrieben ab 45 Arbeitnehmer*innen geben soll.*

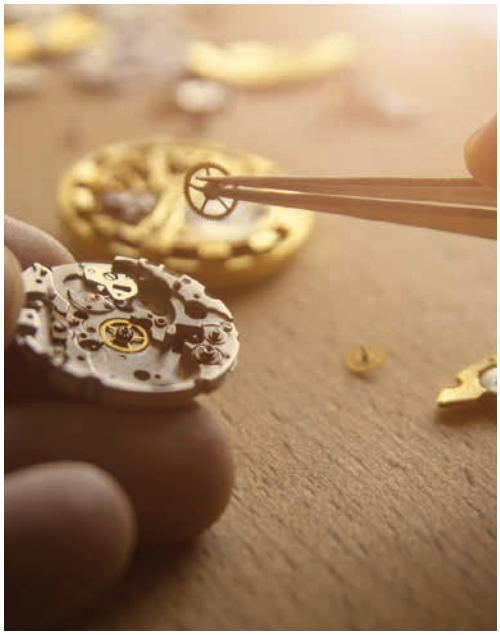
Sehr geehrte Frau Senatorin Scheeres, wir Frauenvertreterinnen beglückwünschen Sie im Monat des Weltfrauentages zur Zertifizierung Ihrer Verwaltung. Zum dritten Mal in Folge erhielt im Jahr 2017 die Senatsbildungsverwaltung von der Bundesfamilienministerin das Zertifikat zum audit berufundfamilie. Wie schön, dass die Bildungsverwaltung für ihre 1.400 Mitarbeiter*innen Betriebskita-Plätze, ein Eltern-Kind-Arbeitszimmer, Sozialberatungsangebote sowie flexible Arbeitszeit- und Arbeitsortmöglichkeiten anbieten kann, um Beschäftigte mit Familie zu entlasten. Eine großartige Ausstattung an einem im Vergleich zur Schule eher ruhigen Arbeitsplatz. Chapeau!

Wir Frauenvertreterinnen der allgemeinbildenden Schulen vermissen jedoch eine vergleichbare familienfreundliche Ausstattung an über 700 Schulen in Berlin.

- Was tun Sie, Frau Scheeres, um das pädagogische Personal zu entlasten?
- Wie erleichtern Sie konkret die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei den an Schule Beschäftigten?
- Wo findet die immer größer werdende Gruppe der Alleinerziehenden besondere Berücksichtigung im Berufsalltag und bei der Kinderbetreuung?
- Wie stellen Sie die Ausgewogenheit von Zeit zu leben und Zeit zu arbeiten für die an Schule Beschäftigten bei einer grundsätzlich zu hohen Unterrichtsverpflichtung in Berlin her?
- Wann stehen die Themen Arbeitszeit, Tätigkeitsbeschreibungen und Arbeitsplätze an Schulen auf Ihrer Agenda, so wie es in der Koalitionsvereinbarung formuliert ist?

Teilzeit löst Probleme nicht

Die Senatsbildungsverwaltung beschäftigt 31.000 Lehrkräfte. Es ist kein Zufall, dass es über 8.000 teilzeitbeschäftige Lehrkräfte in Berlin gibt, davon 6.700 Frauen. Für eine Arbeitszeitreduzierung entscheiden sich hauptsächlich folgende drei Gruppen des pädagogischen Personals: gesundheitlich Beeinträchtigte, Berufsanfänger*innen und Eltern. Im Unterschied



zur Senatsbildungsverwaltung gelingt es den meisten Lehrkräften trotz größter Belastung, trotz widriger räumlicher und hygienischer Zustände gute pädagogische Arbeit zu leisten und schulische Fristen zuverlässig einzuhalten. Eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung auf 21 Unterrichtsstunden ist dringend erforderlich, um allen Zeit zu leben und Zeit zu arbeiten zu ermöglichen.

Grundsätzlich liegt es in Ihrer Verantwortung, Kinderbetreuungsplätze in erforderlichem Umfang zu schaffen und das Ganztagsschul- und Betreuungssystem auszubauen. Es wird zunehmend schwierig für Kolleg*innen, Kitaplätze zum Zeitpunkt des gewünschten Wiedereinstiegs ins Berufsleben zu finden. Die Betreuung der Grundschüler*innen endet in der Regel um 18 Uhr, Betreuungsmodule müssen für einen mehrmonatigen Zeitraum lange im Voraus vereinbart werden. An den Gymnasien wird nur sehr selten Ganztagsunterricht oder eine Nachmittagsbetreuung angeboten. Eine Notfallbetreuung für erkrankte Kinder der Beschäftigten gibt es im Bereich Schule nicht.

Für alleinerziehendes pädagogisches Personal sind die gegebenen Betreuungsstrukturen unzureichend. Es ist hinlänglich bekannt, dass Alleinerziehende sowohl gesundheitlich als auch finanziell sehr belastet sind. Teilzeitarbeit kann hier keine Lösung sein. Diese führt zunehmend zu Altersarmut.

Wir Frauenvertreterinnen befürworten ausdrücklich Ihr Ziel, eine »familienbewusste

FOTO: RRUDENKOIS/FOTOLIA

Meine Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten ...

JANINA DUPKE

Lehrerin an einer Grundschule

Was reizt Sie an Ihrer Aufgabe?
Ich möchte einen spannenden Unterricht gestalten, bei dem die Schüler*innen Freude am Lernen haben. Sie sollen nicht für die Schule oder mich, sondern für sich selbst lernen und wichtige Erkenntnisse für ihr weiteres Leben mitnehmen. Das beinhaltet auch die Vermittlung von Werten. Gerade in der heutigen Zeit finde ich es besonders wichtig, den Schüler*innen soziale Werte wie Toleranz und Teamfähigkeit im Schulalltag zu vermitteln.

Warum arbeiten Sie Teilzeit?
Ich arbeite Teilzeit, da ich nur so Familie und Beruf vereinbaren kann. Ich habe zwei kleine Kinder und mein Mann arbeitet Vollzeit im Schichtdienst bei der Berliner Feuerwehr.

Empfinden Sie Ihre Teilzeittätigkeit als Entlastung?
Ja, nur so ist meine Berufstätigkeit möglich. Aber es gibt auch Tage, da wird meine Teilzeitbeschäftigung zur Belastungsprobe für die gesamte Familie. Ein Beispiel aus diesem Schuljahr fällt mir sofort ein: erst eine Dienstbesprechung und anschließend eine Gesamtkonferenz, die Tagesmutter meines Sohnes im Urlaub, mein Mann bei der Arbeit, die Schwiegereltern verreist und unsere Babysitterin hat keine Zeit. Ich weiß, ich bin nicht die einzige Mutter mit diesen Problemen. In diesen Situationen werde ich weder Beruf noch Familie gerecht und das gibt mir ein Gefühl der Unzufriedenheit.

Finden Sie Zeit sich fort- und weiterzubilden?
Ich finde es sehr wichtig, mich regelmäßig fortzubilden, um neue Impulse aufzunehmen und im Unterricht umzusetzen. Ich versuche, mir regelmäßig dafür die Zeit zu nehmen. Wenn ich eine Fortbildung besuche, muss die Kinderbetreuung am Nachmittag langfristig geplant werden. Oft geht das nur mit der Unterstützung der gesamten Familie.

Die Arbeitsanforderungen nehmen in allen Berufsfeldern zu. Wie gehen Sie persönlich mit der zunehmenden Arbeitskomplexität um?
Ich habe meine Unterrichtsstunden nach der Elternzeit meines zweiten Kindes noch einmal reduziert, sodass ich jetzt nur noch als Fachlehrerin eingesetzt werde. Ich würde gerne mehr unterrichten, sehe aber meine Grenzen bei den vielen außerunterrichtlichen Tätigkeiten.

Welche Konflikte gibt es in Ihrer Schule aufgrund der Arbeitsfülle?
Hierzu fällt mir sofort wieder ein Beispiel ein. Ich sehe häufig, wie die Klassenlehrer*innen Formulare, Statistiken oder ähnliches neben ihrer Unterrichtstätigkeit ausfüllen müssen. Das trägt zu einer immer größer werdenden Belastung der Lehrkräfte bei.

Engagieren Sie sich politisch oder ehrenamtlich?
Ich bin Mitglied in der GEW, Kontaktfrau der Frauenvertreterin, engagiere mich seit meinem Berufseinstieg für verbesserte Arbeitsbedingungen und die finanzielle Gleichstellung aller Lehrkräfte.

Sie haben einen Wunsch frei, um Ihre Tätigkeit zu entlasten. Welcher wäre das?
Ich wünsche mir eine gerechte Regelung für Teilzeitkräfte bei außerunterrichtlichen Tätigkeiten an der Schule.

Lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung: *Beschäftigte erhalten die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit je nach Lebensphase und den entsprechenden Bedürfnissen zu gestalten. Hier gibt es neben dem Konzept der Familienarbeitszeit Ideen zur Umverteilung der Arbeitszeit durch Lebensarbeitszeitkonten und der Option auf Freizeiten durch Sabbatical.*

Kultur als selbstverständlich stärken zu wollen«. Es findet sich in Ihrer 2017 neu aufgelegten Broschüre »Ihr Personalmanagement informiert«. Diese blumige Formulierung bedarf jedoch einer konkreten Realisierung. Eine neue Arbeitszeitkultur ist dringend erforderlich. Pausen-, Nachtruhe- und Erholungszeiten sowie individuelle gesundheitliche und familiäre Bedürfnisse müssen selbstverständlich auch für pädagogisches Personal berücksichtigt werden.

So geht Fürsorge

Es gibt Schulen, deren Schulleitungen mit den Beschäftigten verantwortungsbewusst und fürsorglich umgehen. Die Dienst- und Stundenpläne orientieren sich an den Belangen der Dienstkräfte, in der Gesamtkonferenz wird Transparenz praktiziert, die Entlastung der Teilzeitbeschäftigten in Beschlüssen festgelegt, um die Inhalte des Frauenförderplans umzusetzen. Die Kommunikation zwischen Schulleitung und pädagogischem Personal ist wertschätzend. Außerdem wird mit dem Zeitbudget der Kolleg*innen planvoll und effektiv umgegangen. Gesamtkonferenzen überschreiten nicht die Dauer von zwei Stunden. Dienstbesprechungen werden selten und nur zu aktuellen Anlässen angesetzt. Für das gesamte pädagogische Personal gilt, außerunterrichtliche Tätigkeiten an Schule nach 18 Uhr sind eine seltene Ausnahme. Auf diese Weise kann Raum geschaffen werden für Fürsorge, Selbstsorge, Wohlbefinden sowie gesellschaftliches Engagement.

- Unterstützt die Senatsbildungsverwaltung diese Schulen zum Beispiel bei der Entlastung der Teilzeitbeschäftigten durch die Zuweisung zusätzlicher Mittel?
- Wie verfährt sie mit jenen Schulen, bei denen diese Form der Arbeitszeitkultur nicht gegeben ist?
- Wann untersucht Ihre Behörde, warum es an einigen Schulen eine extrem hohe Teilzeitquote gibt und an anderen vergleichbaren Schultypen und Standorten nicht? Die gleiche Frage stellen wir Ihnen zur Auswertung der Krankenstände.

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Die eigenverantwortliche Schule gehört auf den Prüfstand

Die im Schulgesetz von 2004 verankerte »Eigenverantwortliche Schule« verlangt ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein und Fürsorge von den Schulleitungen und vor allem von der Senatsbildungsverwaltung. Zahlreiche Fehlentscheidungen, aufwendige Zusatzaufgaben wie die zu frühe Einschulung ab fünfeinhalb Jahren, verpflichtendes jahrgangsübergreifendes Lernen (JÜL), Überlastung durch Vergleichsarbeiten und -tests, Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss (MSA), die Einführung der 5. Prüfungskomponente im Abitur haben alle Beschäftigten noch in den Knochen.

Aktuelle Befragungen von Kolleg*innen bei Kontaktfrauentreffen, Frauen- und Personalversammlungen zeigen außerdem, dass die zu hohe Unterrichtsverpflichtung, zu hohe Klassenfrequenzen, unzureichende Umsetzung der Inklusion, zu kleine Räume, eine ungenügende technische Ausstattung und fehlende Wartung sowie die häufig schlechten hygienischen Bedingungen an Schulen die größten Arbeitsbelastungen sind.

Wir Frauenvertreterinnen erwarten von Ihnen als Bildungssenatorin, das Schulgesetz von 2004 mit dem Prinzip der »Eigenverantwortlichen Schule« nach 14 Jahren auf den Prüfstand zu stellen. Von der Senatsbildungsverwaltung ist für alle Beschäftigten an Schule Zeit zu leben und Zeit zu arbeiten umzusetzen. Das geht nur mit einer Reduzierung der Pflichtstundenzahl. Ihre Behörde muss für das pädagogische Personal die gleichen familienfreundlichen Maßstäbe anlegen wie in der eigenen Verwaltung.

Wir erwarten einen konstruktiven Austausch mit Ihnen, Frau Scheeres, denn wir vertreten in unseren Regionen Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg 4.500 weibliche Beschäftigte.

Mit freundlichen Grüßen

Elke Gabriel
Frauenvertreterin SenBJF
Tempelhof-Schöneberg

Sabine Pregizer
Frauenvertreterin SenBJF
Charlottenburg-Wilmersdorf

Meine Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten …

LYDIA SEBOLD

Schulleiterin an der Grundschule am Barbarossaplatz, ehrenamtlicher Vorstand des Grundschulverbands, Landesgruppe Berlin

Was reizt Sie an Ihrer Aufgabe?
Meine Vision war von Anfang an, gemeinsam mit meinen Kolleg*innen sowie Eltern unsere Schule so zu gestalten, dass alle Kinder willkommen sind, sich wohl fühlen, gefordert und gefördert werden entsprechend unserem Leitgedanken »verschieden sein – das ist normal«.

Warum arbeiten Sie Vollzeit?
Weil die Aufgaben einer Schulleiterin im Rahmen der Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklung und der Schulverwaltung so vielfältig und umfänglich geworden sind, dass diese unmöglich in Teilzeit bewältigt werden können.

Empfinden Sie Ihre Vollzeittätigkeit als Belastung?
Es gibt Zeiten, in denen ich sehr viel mehr Zeit in der Schule bin, als dies einer Vollzeittätigkeit entspricht. Manchmal ist dann die Arbeitszeit so hoch, dass eine Wochenarbeitszeit von mehr als 60 Stunden entsteht. Das führt natürlich zu einer Belastung, weil nicht mehr genug Zeit zum Kraft tanken, nachdenken und Fachliteratur lesen bleibt.

Finden Sie Zeit sich fort- und weiterzubilden?
An Fortbildungen, die mir wichtig sind, nehme ich teil. Allerdings besteht das Problem, dass dann die Arbeiten, die an diesen Tagen nicht erledigt werden können, nachgeholt werden müssen und das zu einer Arbeitsverdichtung führt. Bei einem hohen Krankheitsstand hat der Unterricht für mich Priorität, dann lass ich die Fortbildung wegfallen.

Die Arbeitsanforderungen nehmen in allen Berufsfeldern zu. Wie gehen Sie persönlich mit der zunehmenden Arbeitskomplexität um?
Ich habe mich entschieden, dass mein Lebensschwerpunkt in der Schule ist und habe das Glück, dass meine persönliche Lebenssituation das ermöglicht. Seitdem hechte ich nicht mehr verpassten »Freizeitaktivitäten« hinterher.

Was verstehen Sie unter Arbeitssouveränität?
Arbeitssouveränität bedeutet für mich, dass ich über das Wissen, die Kenntnisse, die Kompetenzen und die Befugnisse verfüge, die es mir erlauben, meine Arbeit fachkundig und selbstverantwortlich zum Wohle der Schule auszuführen. Und dass ich mir die erforderliche Arbeitszeit dabei – im Rahmen der vorgegebenen Bedingungen wie Unterrichtszeiten, Konferenzzeiten und ähnliches – selbst einteilen und gestalten kann.

Wie können Sie als Schulleiterin den Arbeitsalltag der Kolleg*innen entlasten?
Ich gestalte alle Prozesse transparent. In der Gesamtkonferenz beschließen wir eine Jahresplanung. Zudem haben wir zur Entlastung von Teilzeitbeschäftigten Beschlüsse gefasst. Die Kolleg*innen finden bei mir ein offenes Ohr für ihre Anliegen und werden bei »schwierigen Gesprächen« unterstützt. Ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Entlastungsfaktor ist auch eine schön gestaltete und saubere Schule.

Sie haben einen Wunsch frei, um Ihre Tätigkeit zu entlasten. Welcher wäre das?
An jeder Grundschule muss es eine Verwaltungskraft geben.

WENIGER ARBEITEN, MEHR VERDIENEN

Auch im Bereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit ist ein Umdenken in Sachen Arbeitszeit notwendig. Auf der einen Seite bedroht Zwangsteilzeit die Existenz vieler Kolleg*innen. Auf der anderen Seite sind Kolleg*innen in Vollzeit durch zu knappe Personalschlüssel überlastet

Erwerbsarbeitszeitverkürzung: *Die Erwerbsarbeitszeit wird bei entsprechendem Personalausgleich verkürzt, so dass Beschäftigte in der Lage sind, ihre Arbeit ohne Hetze und in guter Qualität zu leisten. Die Verkürzung sorgt dafür, dass auch Sorge- und Hausarbeit neben der Erwerbsarbeitszeit in Vollzeit erledigt werden können und neben der Zeit zu arbeiten, Zeit zu leben bleibt.*

von Ronny Fehler

Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten. Das ist einer der zentralen Beschlüsse, die auf dem 28. Gewerkschaftstag der GEW BERLIN gefasst wurden. Die GEW führt damit die Debatte um eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung sowie eine Arbeitszeitreduzierung. Wieviel Arbeitszeit können die Kolleg*innen aufbringen und trotzdem noch ihrer privaten Lebenszeit gerecht werden? Diese Frage betrifft alle pädagogischen Fachkräfte, unabhängig davon wie und wo sie arbeiten. Um auch im Bereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit eine moderne Arbeitszeitverkürzung zu realisieren, ist zunächst eine Bestandsaufnahme notwendig.

Die Finanzierung der Träger der Jugendhilfe ist üblicherweise subjektfinanziert und hat zur Folge, dass Kostenerstattungen nur erfolgen, wenn auch tatsächlich Kinder oder Jugendliche betreut werden. Deswegen verbuchen die Träger bei schwankenden Betreuungszahlen variable Einnahmen. Bei gleichbleibenden Lohnkosten kann das zur finanziellen Belastung führen. Die Träger haben darauf eine ganz einfache Antwort, wie Jens Rudolph, GEW-Mitglied und Betriebsratsvorsitzender eines freien Trägers der Kinder- und Jugendhilfe mit 800 Kolleg*innen zu berichten weiß. Auch bei ihm im Betrieb gäbe es Zwangsteilzeit, so Rudolph. Sein Arbeitgeber begründe das vor dem Betriebsrat oft so, dass das Unternehmen die Flexibilität benötige, um das Arbeitszeitvolumen nach Bedarf zu steuern. »Praktisch bedeutet das eine Anhebung der Arbeitszeit nach Arbeitgeberanforderung, außer wenn weniger Klient*innen da sind. Und es bedeutet ganz häufig schwankende Arbeitszeiten. Das belastet die Kol-

»Ich möchte kein schlechtes Gewissen haben, an einem 9-Stunden-Tag meine Pause zu nehmen«

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

leg*innen«, bemängelt der Betriebsrat. Weder Geld noch Zeit seien zuverlässig planbar und das Unternehmen verlagere seine Geschäftsrisiken auf die Beschäftigten.

Für Kolleg*innen, die in einer Kindertagesstätte in Vollzeit arbeiten, sieht die Situation aus anderen Gründen nicht gut aus. Cem Erkisi ist Erzieher in einer Neuköllner Kita und klagt darüber, dass er meistens nicht wirklich die Kraft habe, sich noch um seine eigenen Interessen zu kümmern, wenn er nach der Arbeit nach Hause kommt. Er sei dann wirklich müde. Der Personalschlüssel ist so knapp bemessen, dass er teilweise über mehrere Stunden alleine mit bis zu 15 Kindern ist. »Da Ausfallzeiten in der Personalausstattung eingerechnet sind, gibt es bei Krankheit oder weiterer Abwesenheit meiner Kolleg*innen nur selten Ersatz. Ich möchte aber kein schlechtes Gewissen haben, an einem 9-Stunden-Tag meine Pause zu nehmen«, sagt Erkisi.

Leider lässt das geringe Gehalt von Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen nicht wirklich Spielraum zu, um sich bewusst für eine Teilzeitstelle zu entscheiden. Wer eine Familie zu versorgen hat und zusätzlich für die Rente vorsorgt, ist im sozialen Bereich mindestens auf eine Vollzeitstelle angewiesen. Dem steht gegenüber, dass die Träger die Probleme, die sich aus der Finanzierungssystematik ergeben, durch Zwangsteilzeitverträge auf ihre Kolleg*innen abwälzen.

Wer in den Genuss einer Vollzeitstelle kommt, kann sich allerdings auch nur schwer um sich und seine Familie kümmern. Die Arbeitsbelastungen sind einfach zu hoch, um nach der Arbeit eine entspannte Lebenszeit zu gestalten.

Es wird deutlich, dass eine regulierte Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen im pädagogischen Bereich unabdingbar ist. Hier müssen unter Berücksichtigung eines funktionierenden Gesundheitsmanagements für die Beschäftigten kreative und für alle tragfähige Konzepte entwickelt werden. Denn die Bedürfnisse der Kinder und Eltern haben wir hierbei noch gar nicht betrachtet. Erzieher*innen in Teilzeit haben weniger Zeit, die dringend notwendige Bindungsarbeit mit ihren Bezugskindern zu gestalten und treffen bedingt durch ihre Arbeitszeit die Eltern seltener.

Ronny Fehler,
Referent im Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Meine Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten ...

SIGRID EGIDI-FRITZ

Referatsleiterin II SenBJF (Angelegenheiten: Inklusion, Ganztag, Sprachbildung)

Was reizt Sie an Ihrer Aufgabe?
Ich kann Themen, Inhalte und Handlungskonzepte für eine inklusive ganztägige Bildung befördern, um die Lernleistungen und Kompetenzen aller Schüler*innen zu verbessern. Hilfreich und unterstützend dabei sind verschiedene Perspektiven. Die Referate und Abteilungen und auch Vertreter*innen der Schulleitungen arbeiten gut zusammen und sind immer wieder der Prüfstein für eigene Ideen.

Warum arbeiten Sie Vollzeit?
Für mich sind die Aufgaben und Herausforderungen verbunden mit der hohen Verantwortung als Referatsleiterin nur im »Vollzeitmodus« umzusetzen.

Empfinden Sie Ihre Vollzeittätigkeit als Belastung?
Bei der Arbeit als Referatsleiterin und als ständige Vertretung der Abteilungsleitung gibt es natürlich Belastungsspitzen, die auch in Vollzeit mit 40 Stunden nicht unterzubringen sind.

Finden Sie Zeit sich fort- und weiterzubilden?
Ja, ich finde Zeit zur Fortbildung. Ich plane langfristig und delegiere Aufgaben an meine Vertretungen. Das ermöglicht mir die Teilnahme. Eine zusätzliche Belastung besteht höchstens darin, beispielsweise E-Mails dann später zu bearbeiten.

Die Arbeitsanforderungen nehmen in allen Berufsfeldern zu. Wie gehen Sie persönlich mit der zunehmenden Arbeitskomplexität um?
Ich arbeite kontinuierlich an einem effizienten Zeitmanagement. Außerdem haben sich teils auch mit externer Unterstützung unsere Sitzungs- und Besprechungsformate geändert: kürzere Sitzungsdauer mit Themenfokussierung und begrenzter Anzahl von Besprechungen mit Ergebnisorientierung.

Wie kann sich eine Beschäftigte im Arbeitsalltag entlasten?
Arbeiten im Team, gute Vorbereitung des Arbeitstags, Einhalten einer Mittagspause, zu einer wertschätzenden Arbeitsatmosphäre beitragen und Ausgleich durch Sport, Musik und Kultur

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Beschäftigte belastend. Was machen Sie aus Ihrer Position heraus für die Betroffenen?
Mir ist dieser Tatbestand gegenwärtig und ich habe großes Verständnis für die Belastung. Ich weiß, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einer hohen täglichen Arbeitsbelastung leichter zu händeln ist, wenn eine verlässliche und flexible Partner*in sich auch um die Familie kümmern kann.

Engagieren Sie sich politisch oder ehrenamtlich?
Ich bin Mitglied der GEW und der SPD Schönefeld. Für ein intensives Engagement fehlt mir aber die Zeit.

Sie haben einen Wunsch frei, um Ihre Tätigkeit zu entlasten. Welcher wäre das?
Ein stadtweiter Konsens, dass es auch unter den gegebenen Bedingungen möglich ist, den Kindern und Jugendlichen eine lernförderliche Umgebung über den ganzen Tag zu bieten, damit die Potentiale aller Schüler*innen entwickelt und gefördert werden können. Keine*r bleibt zurück, das wäre mein Wunsch.

Die Interviews führten Elke Gabriel und Ines Riedel, Frauenvertreterinnen der Region Tempelhof-Schöneberg und der berufsbildenden und zentralverwalteten Schulen

Berührung mit dem Altern

Wenn Junge und Alte zusammenkommen, kann das ein Gewinn für beide sein. Intergenerative Begegnungen brauchen aber Struktur und professionelle Begleitung

Das Interview führte Cem Erkisi

Kinder sollen nach Ansicht von Marko Bleiber öfter Einrichtungen für Senior*innen besuchen. Zusammen spielen, zusammen lachen und sich herzlich voneinander verabschieden. Warum? Weil Begegnungen zwischen den sehr jungen und den sehr alten Mitgliedern unserer Gesellschaft zu einer inklusiven Bildung dazu gehören.

Gemeint ist damit nicht alleine der Vorlesenachmittag in der Kita. Es gibt vielfältige Arten der Kooperation. Im Soldiner Kiez im Wedding beispielsweise gibt es ein Projekt, bei dem es um den Abbau von Vorurteilen geht. Gegenseitige Rücksichtnahme ist dabei nicht nur für die älteren Menschen eine wichtige Erfahrung, sondern gerade die ganz Jungen können hier ein Bewusstsein für das Altern entwickeln. Das Projekt wird durch das Quartiersmanagement gefördert.

Marko Bleiber erforscht als Doktorand die Wirkung von intergenerativen Kooperationen auf beide Gruppen und gibt mir im folgenden Interview einen kurzen Einblick in seine Ergebnisse.

Erkisi: Was ist der intergenerative Ansatz?

Bleiber: Beim intergenerativen Ansatz geht es darum, dass verschiedene Generationen nicht nur zusammenkommen, sondern auch gemeinsam etwas tun und dabei bestenfalls voneinander und miteinander lernen. Bei dem Kooperationsprojekt, das ich im Rahmen meiner Forschungsarbeit begleite, sind das ganz konkret Kinder und Senior*innen, die sich zu regelmäßigen gemeinsamen Aktivitäten treffen.

Häufig macht das, was zwischen der eigentlichen Aktion passiert, beispielsweise das gemeinsame Kochen, den intergenerativen Ansatz so spannend: Gespräche und Fragen über Tagesabläufe, Vorlieben oder Geschichten von früher.

Bei den Begegnungen kann man beide Seiten als Entdeckende beschreiben. Es geht nicht so sehr darum, dass die Kinder von den Senior*innen Fertigkeiten lernen oder ihnen neue Spiele zeigen, sondern dass beide Seiten über gemeinsame Themen und Interessen in Kontakt miteinander kommen. In dieser Auseinandersetzung entstehen realistischere Bilder vom

FOTO: OLLY/FOTOLIA

jeweils anderen, was in vielen Situationen schon zu Überraschungen geführt hat. So bietet der Ansatz eben auch die Möglichkeit, in Zeiten von veränderten Familienstrukturen die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft im Rahmen dieses institutionellen Settings kennenzulernen.

Ist der intergenerative Ansatz ausschließlich für Kitas gedacht? Was ist mit Jugendlichen?

Bleiber: Intergenerative Projekte sind nicht auf die Kooperation von Kitas und Senior*inneneinrichtungen beschränkt. Es gibt eine Vielzahl an Projekten, die Menschen ganz unterschiedlichen Alters ansprechen. Hierzu gehören Jugendliche genauso wie Menschen, die gerade erst im Renteneintrittsalter sind. Weiterhin spielen Mehrgenerationshäuser eine immer größere Rolle in diesem Bereich. Wenn von »Jung und Alt« gesprochen wird, wird häufig außer Acht gelassen, dass auch die mittlere Generation an diesen Begegnungen beteiligt ist, was meinen Erfahrungen nach ganz wichtig ist.

Welche Erfahrungen gibt es denn schon mit dem intergenerativen Ansatz?

Bleiber: Es gibt mittlerweile einige Literatur zu verschiedenen Modellprojekten, Handlungsempfehlungen, wissenschaftliche Artikel und didaktische Ratgeber zur Gestaltung von intergenerativen Begegnungen. Mitunter gibt es auch schon erste Forschungsarbeiten, die sich mit den Wirkungen intergenerativer Begegnungen beschäftigen. Hier knüpft auch meine Forschungsarbeit an. Es entwickeln sich immer mehr Kooperationsprojekte und intergenerative Ansätze halten vermehrt Einzug in Bildungseinrichtungen wie Kitas. Elementarpädagogische Perspektiven stehen bisher aber kaum im Fokus des Forschungsinteresses. Das war der Anlass für mich, ein intergeneratives Projekt aus frühpädagogischer Perspektive zu untersuchen. Denn ob in intergenerativen Settings Bildungspotenziale für Kinder aus elementarpädagogischen Einrichtungen stecken, kann bisher im besten Falle vermutet werden. Auch die Perspektive der Kinder auf die Begegnungen ist empirisch bisher nur angerissen worden. Der Schritt von einem gut gemeinten Generationenprojekt zu verlässlichen empirischem Wissen über kindliche Perspektiven und mögliche frühkindliche Bildungsprozesse stellt den Kern meiner Arbeit dar.

»Die Kinder lernen, sich in die Lebenssituation der Älteren hineinzuversetzen und darüber zu sprechen«

Welche positiven, nachhaltigen Effekte machen Sie aus?

Bleiber: Aktuell ist es noch zu früh, um von nachhaltigen Effekten sprechen zu

ANZEIGE

können. Allerdings zeichnet sich in ersten Ergebnissen ab, dass es in bestimmten Entwicklungsbereichen Unterschiede zwischen Kindern mit regelmäßigem Kontakt zu Senior*innen und Kindern ohne regelmäßigen Kontakt gibt.

Weiterhin eröffnet die Studie interessante Einblicke in die Perspektive der Kinder auf die Begegnungen mit den Senior*innen. Die Kinder schildern, wie sie die Begegnungen erleben und bewerten. Sie berichten, was sie spannend fanden und ihnen gefallen hat, aber auch was sie nicht so gut fanden oder über was sie sich geärgert haben. Hier leisten sie häufig einen Perspektivwechsel und setzen diesen ins Verhältnis zu ihren eigenen Erfahrungen und ihrer Lebenssituation, beispielsweise mit ihren eigenen Großeltern.

Gibt es Probleme, die es zu bewältigen gilt?

Bleiber: Teilweise besteht die romantische Vorstellung, Treffen von Senior*innen und Kindern alleine würden schon zu positiven Wirkungen führen. Dem ist aber in den allerwenigsten Fällen so. Es bedarf einer guten Planung, vielen Absprachen, ein hohes Maß an Engagement und klaren Strukturen, um gelingende Begegnungen zu organisieren. Außerdem gibt es Probleme, wenn die Interessen der Kinder oder Senior*innen nicht berücksichtigt oder gar übergangen werden. Dass beispielsweise Senior*innen in eine gemeinsame Singgruppe geschoben werden, ohne dass sie das wollen oder dass Kinder zur Aktivierung von Senior*innen instrumentalisiert werden. Außerdem haben nicht alle Kinder oder Senior*innen Lust auf gemeinsamen Aktivitäten.

Was können Kinder durch Kontakt zu pflegebedürftigen Menschen lernen?

Bleiber: Wie bereits beschrieben, haben die Kinder in Zeiten von veränderten familiären Strukturen die Möglichkeit mit einer Generation in Kontakt zu treten, mit der sie sonst eventuell keinen Kontakt hätten. Sie lernen so die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft kennen und können sich ein ganz reales Bild vom Altern machen.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Gestaltung intergenerativer Begegnungen ist die Vor- und Nachbereitung mit den Fachkräften. Hier geht es darum, mit den Kindern über ihre Erfahrungen, Beobachtungen, Gespräche und Deutungen zu sprechen. Die Kinder lernen sich in die Lebenssituation der Älteren hineinzuversetzen und darüber zu sprechen. Sie entdecken dabei häufig Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten. Weiterhin spielen während der Begegnungen soziale Kompetenzen eine Rolle.

»Nicht alle Kinder oder Senior*innen haben Lust auf gemeinsame Aktivitäten«

Wie setzen Sie den intergenerativen Ansatz in den großen Kontext Inklusion?

Bleiber: Aus meiner Sicht tragen intergenerative Projekte dazu bei, die Gesellschaft zu öffnen. Pflegeeinrichtungen sind in der Regel Institutionen, die mit vielen Schwellenängsten belegt sind. So haben die dort lebenden Menschen, außer mit dem Pflegepersonal und den Angehörigen, häufig wenig Kontakt mit der Außenwelt. Dies ändert sich durch die regelmäßigen Besuche von Kindern. Häufig sind die Eltern der Kinder in die Projekte eingebunden, so dass sie beispielsweise ihre Kinder nach einer gemeinsamen Aktion anstatt aus der Kita direkt aus der Pflegeeinrichtung abholen oder bei gemeinsamen Festen beteiligt sind. So können Gespräche und Kontakte entstehen, die über die Schwellen der Institutionen hinausgehen. Ich habe auch schon erlebt, dass Eltern gezielt nach Patenschaften gefragt haben und sich der Kontakt so ausgebaut hat.

Was ist denn nötig, damit mehr solcher Projekte starten können?

Bleiber: Für ein intergeneratives Projekt ist es zunächst einmal wichtig, dass die Kooperationspartner von dem Ansatz überzeugt sind und diesen als Schwerpunkt ihrer Institution begreifen.

Der planerische Aufwand darf dabei nicht unterschätzt werden. Besonders in der Anfangszeit solcher Projekte sind regelmäßige Planungs- und Reflektionstreffen unabdingbar. Hierbei ist es wichtig, das die verschiedenen Professionen aber auch Familien und Senior*innen die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen und ihre Expertise in die Projekte einfließen zu lassen. Im besten Falle begleiten Multiplikator*innen diese Projekte. Sie können ihre Erfahrungen weitergeben und moderieren. Zentral ist auch die Beteiligung der Kinder und Senior*innen an der Auswahl der gemeinsamen Aktionen. Dies kann durch einfache Fragen nach Spielen von früher oder gemeinsam im Gespräch entwickelte Aktions-Ideen sein. Besonders hervorheben möchte ich aber, wie entscheidend das Engagement der beteiligten vermittelnden Generation ist. Hier sollte der Spaß im Umgang mit den Generationen aber auch die Lust Neuland zu betreten vorhanden sein. ■

Cem Erkisi,
Erzieher in einer Neuköllner Kita

FOTO: RASTILV/FOTOLIA

AB 19. APRIL IM KINO

Fachfremder Unterricht ist für alle eine Qual

Ein Thema, das es bis in die Schlagzeilen der Berliner Lokalpresse geschafft hat. Hintergründe und Alternativen sucht man in den Artikeln leider aber vergebens

von Ilse Schaad

Eine ganze Schulzeit ohne Mathelehrer? Denkbar«, so titelte vor kurzem Susanne Vieth-Entus im *Tagesspiegel*. Die Berliner Journalistin mit tiefem Einblick in das Berliner Schulwesen weist beim Anstieg des fachfremd erteilten Unterrichts an Berliner Grundschulen Besorgnis erregende Zahlen aus. Der Befund für die Oberschulen fällt nicht viel besser aus.

Vieth-Entus setzt sich aber leider nicht mit den Ursachen auseinander. Die beruhigende Nachricht: fachfremden Unterricht hat es schon immer gegeben und es wird ihn auch weiterhin geben. Die heutige Höhe allerdings ist sowohl für Lehrkräfte als auch für Schüler*innen, die einen Anspruch auf sach- und fachgerechten Unterricht haben, mehr als inakzeptabel. Umso wichtiger ist es, nach den Ursachen zu fragen. Das Problem ist zwar mit Sicherheit nicht nur ein Berliner Problem. Die in Berlin erhobenen Zahlen weichen jedoch eklatant von den eher harmlosen Zahlen ab, die die GEW Bund vor kurzem veröffentlichte (*E&W 12/2017*).

Jedes Fach ist Mangelfach

Ende der 1980er Jahre lag der Anteil des fachfremd erteilten Unterrichts bei rund 20 Prozent. Seitdem wurde die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte in drei Wellen um teilweise mehr als 15 Prozent erhöht, die Stundentafel gekürzt, Verwaltungsstunden gestrichen, Teilungs- und Förderstunden gekürzt oder gestrichen. Vieles davon ist für einen reibungslosen Unterrichtsablauf unerlässlich.

In der Kombination von Pflichtstundenerhöhung und Stundentafelkürzung, immer mehr Fächer werden heute nur einstündig oder epochal unterrichtet, konnten nicht mehr alle zur Verfügung stehenden Stunden pro Lehrkraft im Stundenplan untergebracht werden. Dadurch wird ein Zwang zu fachfremdem Unterricht geschaffen. Hinzu kommt, dass bei sinkender Zahl der Lehrkräfte und steigendem individuellem Stundendeputat

FOTO: CONTRASTWERKSTATT/FOTOLIA

die Anzahl der Kombinationsmöglichkeiten der Unterrichtsfächer sinkt und sich der Mangel Schritt für Schritt auf alle Fächer ausweitet.

Jahrelang wurde behauptet, der Fachlehrer*innenmangel bestehe nur in wenigen Fächern, vorzugsweise in den sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Auch das ist ein Märchen, das von jedem ungeprüft nachgebetet wurde. Natürlich besteht der Mangel auch in den Fächern, mit denen Lehrkräfte über Jahrzehnte keine Chance auf Einstellung hatten: Deutsch, Gesellschaftskunde/Politik und ähnliche.

GRUNDSCHULUNTERRICHT
im Schuljahr 2015/2016 *(QUELLE TAGESSPIEGEL)*

	Unterrichtsstunden in Wochenstunden	davon in Prozent: NICHT FACHGERECHT
Deutsch	**45.944**	55,8
Mathematik	**36.041**	69,5
Naturwissen-schaften	**21.420**	72,9

Nicht jede*r kann alles

Heute sehen wir die Folgen: schlechte Ergebnisse auch in allen mit dem Deutschunterricht verbundenen Kenntnissen, wie Schreiben, Lesen oder Textverstehen. Wer das nicht kann, ist auf Gedeih und Verderb im gesellschaftlichen Leben immer Opfer derer, die mit einfachen Erklärungen und Hetzparolen die Welt interpretieren. Aber auch über diese Folge wird öffentlich nicht diskutiert.

Viele in der Schulverwaltung und in Schulleitungen denken bis heute, dass jede*r mit Abitur Deutsch oder auch Mathematik in der Grundschule unterrichten kann. Das ist erwiesenermaßen ein fataler Irrtum. Zumindest gibt es hin und wieder gering beachtete Forschungsergebnisse, die einen Zusammenhang zwischen Fachqualifikation der Lehrkraft und Unterrichtserfolg der Schüler*innen nachweisen.

Die Dummen sind die Lehrkräfte. Sie müssen sich in ein ihnen fremdes Fach einarbeiten, was ihre Arbeitszeit erheblich erhöht. Die psychische Belastung, ein Fach zu unterrichten, in dem man auf jeden Fall nicht so sicher ist wie im studierten Fach, ist hoch. Kritik und Häme in der Öffentlichkeit ist ihnen damit gewiss.

Für viele Lehrkräfte ist die Belastung, mit voller Stelle zu arbeiten, nicht verkraftbar. Schon gar nicht, wenn man berücksichtigt, dass die Mehrheit der Lehrkräfte weiblich ist und noch immer Familien- und Erziehungsarbeit ihre Sache ist. Also steigt in der Konsequenz die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, die nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes entsprechend ihrer Teilzeit zu entlasten sind. Wenn in einem solchen System eine große Gruppe entlastet werden muss, wird zwangsläufig eine andere, nämlich die Vollbeschäftigten, zusätzlich belastet, was aber nach Meinung der Verwaltungsgerichte ebenfalls nicht zulässig ist. Ein Teufelskreis.

Abhilfe ist möglich

Es gibt nur einen Ausweg: die Ausstattung der Schulen mit Personal muss verbessert werden, die Pflichtstunden müssen gesenkt werden. Nur dadurch kann die Qualität des Unterrichts im notwendigen Maße erhöht werden. Dazu gehört auch, dass endlich ein vernünftiges und effektives Vertretungsmodell realisiert wird. Es sind längst alle Modelle wissenschaftlich untersucht, und sie sind fast alle Murks. Ob Unterrichtsgarantie plus, ob Lehrer*innenfeuerwehr, ob Personalkostenbudgetierung, ob Springer*innenmodell, sie haben nicht funktioniert. Es gibt in der Tat nur ein akzeptables Modell, das auch den Vertretungsunterricht verbessert: Jede Lehrkraft hat innerhalb des Stundendeputats zwei Unterrichtsstunden für Vertretung fest eingeplant. Gegner*innen erwidern gern, dass das zu teuer wäre. Möglicherweise. Aber möglicherweise auch nicht. Überprüft wurde es aktuell nicht. Eine Untersuchung der Bildungsverwaltung in Berlin in den 80er Jahren zeigte dagegen deutlich die Überlegenheit des hier präferierten Modells.

Der Vollständigkeit halber soll noch ein weiterer Aspekt kurz beleuchtet werden, der in der oberflächlichen Diskussion um die segensreiche Wirkung der Arbeitszeiterhöhungen von Lehrkräften gerne verschwiegen wird. Die Einsparungen, die durch Pflichtstundenerhöhungen erzielt werden, sind bei weitem nicht so hoch, wie gerne behauptet wird. Fallen Lehrkräfte aus, müssen nun nicht mehr 23, sondern 27 oder 28 Stunden durch Mehrarbeit oder Ersatzeinstellungen ausgeglichen werden. Diese Bilanz fiele noch deutlicher aus, wenn Lehrkräfte für jede geleistete Mehrarbeitsstunde einen Ausgleich erhalten würden.

Ilse Schaad, von 1988 bis 2005 Leiterin des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik der GEW BERLIN

ANZEIGE

Supervision, Coaching, Beratung

Erfahrung seit über 20 Jahren in den Bereichen Schule und Erziehung.

Hoferichter Supervision Berlin
Karena Hoferichter
Haydnstraße 4, 12203 Berlin oder Marschnerstraße 12, 12203 Berlin
Telefon: +49 (0)171 32 13 804 • Telefax: +49 (0)30 84 30 99 92
E-Mail: info@hoferichter-supervision.de
www.hoferichter-supervision.de

FiL
DGSv

Ein Angriff auf die Identität

Zum Verbot des Tragens religiöser Symbole im Schulunterricht

von Jörg Ramseger

Die Frage des Umgangs mit dem Kopftuch und anderen religiösen Symbolen in der Berliner Schule ist zu allererst die Frage danach, was wir als Gewerkschafter*innen eigentlich unter »Religionsfreiheit« und unter »Pädagogik« verstehen. Es ist meine feste Überzeugung, dass nur die Pädagog*innen einen wahrhaft bildenden Einfluss auf die Kinder haben, die den Kindern als ganze Personen gegenüber treten, und dass, wer wesentliche Kerne seiner Identität verleugnen muss, nicht glaubwürdig als Pädagog*in wirken kann.

Berufsverbot für Pädagoginnen

Die Identität einer Person wird ganz wesentlich durch vier Faktoren bestimmt, in die man als kleines Kind in der primären Sozialisation hineinwächst: erstens die Einbettung in den Stand, die gesellschaftliche Klasse und die Kultur der Herkunftsfamilie; zweitens die Familiensprache; drittens die Geschlechterrolle in einer jeweils kulturell definierten Ausprägung; und viertens das Bekenntnis zu und die Geborgenheit in einer Religionsgemeinschaft beziehungsweise das Bekenntnis zu und die Geborgenheit in der Gemeinschaft der Atheist*innen und Laizist*innen. Wobei letztere insofern auch eine Religionsgemeinschaft bilden, als viele ihre Überzeugungen häufig auch für die einzig wahren und richtigen erachten und mit Nachdruck – im konkreten Fall sogar mit einem Berufsverbot für Grundschulpädagoginnen – gegen alle Zweifelnden zu verteidigen bemüht sind.

Menschen, die gegen ihren Willen gezwungen werden, eine dieser vier Identitäten zu verleugnen und zu verbergen, werden immer leiden, wie wir den zahlreichen Dokumenten homosexueller Menschen entnehmen können, die bei uns bis vor kurzem noch ihre sexuelle Orientierung unter allen Umständen verleugnen mussten und davon erst 2001 durch Klaus Wowereits mutiges Outing auf offener Bühne befreit wurden.

Wer bekennenden Muslimas das Kopftuch, das sie in eigener freier Entscheidung tragen, entreißen will, maßt sich an, ihre personale Identität angreifen zu dürfen, nur weil er oder sie selbst eine andere Identität lebt und diese zur Norm für alle erheben will. Die Kopftuchgegner*innen handeln meines Erachtens klar gegen die positive Religionsfreiheit. Denn Religionsfreiheit bedeutet gemäß unserer Verfassung gerade, dass ich meiner Religiosität öffentlich Ausdruck geben darf, ohne Repressionen befürchten zu müssen. Die Garantie einer freien Religionsausübung, die nur im heimischen Wohnzimmer gilt, ist überflüssig.

Wer Angehörigen von Religionsgemeinschaften das Tragen von religiösen Symbolen verbietet, unterstellt zudem, dass Pädagog*innen, die eine Kippa, ein Christuskreuz am Halskettchen oder einen Hijab tragen, unfähig seien, Kindern und Jugendlichen ein Vorbild für einen reflektierenden Umgang mit Religion oder Religiosität zu sein. Sie stellen in Abrede, dass eine Frau eine eigene Entscheidung für sich treffen kann, ohne anderen Menschen zubilligen zu können, ihrerseits eigene freie Entscheidungen zu treffen. Ich halte das für eine vielleicht oftmals unbedachte und ungewollte, aber in ihrer Wirkung gleichwohl schlimme Diffamierung der betroffenen Frauen.

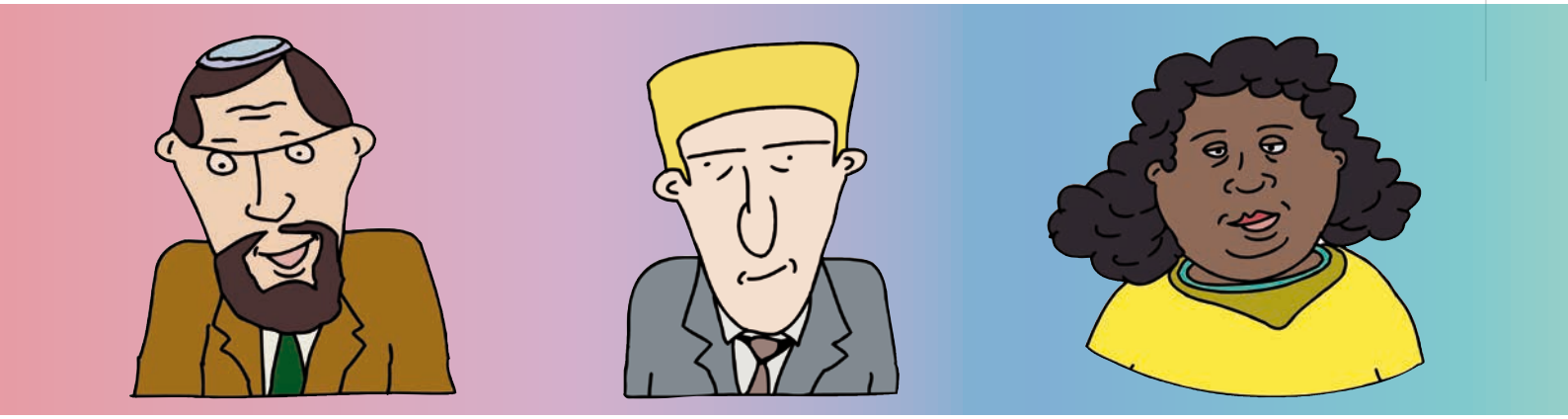
Wer aber – im Gegensatz zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die kein laizistischer Staat ist, – eine religionsfreie Gesellschaft wünscht und durch Einstellungsverbote für das Grundschullehramt herbeizuführen beabsichtigt, distanziert sich am Ende nicht nur von unserer Verfassung, sondern von der Mehrheit der Menschheit. Denn vier Fünftel der Menschheit bekennt sich zu einer Religion – was man in Berlin natürlich ignorieren kann, wenn man sich für klüger und aufgeklärter als vier Fünftel der Menschheit betrachtet.

Viele Anhänger*innen des Neutralitätsgesetzes befürchten, dass der Anblick religiöser Symbole und deren Zurschaustellung durch Pädagog*innen die Kinder überwältigen und sie sublim dazu verleiten könne, selbst religiös zu werden. Für die Berechtigung dieser Furcht gibt es aber

NEUTRALITÄTSGESETZ

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN beschäftigte sich im Herbst 2017 intensiv mit dem Berliner Neutralitätsgesetz. Die Redaktion hat sich deshalb entschlossen, in den nächsten Ausgaben der *bbz* einige Beiträge zum Thema wiederzugeben.

FOTO: THEBLACKRHINO/FOTOLIA



überhaupt keinen Anlass. Es gibt nicht mal den Anschein eines empirischen Beweises, dass der bloße Anblick religiöser Symbole Kinder verleiten könnte, sich selber einer Glaubensgemeinschaft anzuschließen. Religiös wird man in aller Regel im Elternhaus oder unter dem Einfluss von Predigenden.

Religiös werden Kinder im Elternhaus

Aber Grundschullehrer*innen sind keine Predigenden. Sie sollten es zumindest nicht sein – übrigens auch keine Predigenden des Laizismus! Grundschullehrer*innen sind Entwicklungsbegleiter*innen bei der Selbstaneignung der Welt durch das lernende Subjekt. Und sie wirken in der Schule auch niemals allein und nur in einem Sinne. Gute Schulen sind gerade solche Schulen, welche Menschen ganz unterschiedlicher Überzeugungen unter einer gemeinsamen Aufgabe, nämlich der Erziehung der Jugend, zusammenfassen und den Kindern und Jugendlichen vorleben, wie Menschen ganz unterschiedlicher Überzeugungen friedlich miteinander zusammenarbeiten können – jeweils getragen vom Respekt vor der anders denkenden Kollegin.

Viele Anhänger*innen des Neutralitätsgesetzes haben an sich nichts gegen den Islam oder gegen Muslimas, interpretieren aber das Kopftuch ganz selbstverständlich und unhinterfragt als Symbol der Unterdrückung der Frau, das von den Kopftuchträgerinnen immer auch nur unter dem Druck von Eltern oder Verwandten getragen würde. Sie ignorieren, dass es auch bloß ein Symbol des Bekenntnisses zur eigenen ethnischen und kulturellen Herkunft oder schlicht ein modisches Accessoire sein kann wie vor Jahren das Palästinensertuch. Sie ignorieren auch, dass heute sehr viele Frauen, gerade in akademischen Berufen, das Kopftuch freiwillig tragen, weil sie sich ihre Identität nicht mehr verbieten lassen wollen.

Wenn die Lehrerin oder eine Erzieherin selber ein Kopftuch trage, so die Angst der Kopftuchgegner*innen, würde sie aber autoritären Eltern, die ihre Töchter frühzeitig unter das Kopftuch zwingen wollen, als Argumentationshilfe dienen und damit der Unterdrückung der Frau Vorschub leisten. Da aber alle aufgeklärten Menschen gegen den Zwang in religiösen Fragen sind, wäre es besser, Kopftücher und in deren Folge auch alle anderen religiösen Symbole aus der Schule zu verbannen.

Hier wäre zu fragen: Wer sind eigentlich die Unterdrückenden? Ist es die Pädagogin, die sich trotz und mit ihrem Kopftuch für eine Tätigkeit im Schuldienst bewirbt? Oder sind nicht der Vater oder die Mutter oder andere Verwandte, die das Mädchen unter ein Kopftuch zwingen wollen, die Unterdrückenden? Dann wäre zu fragen: Was kann die Lehrkraft dafür?

»Aber der Staat muss doch in Religionsfragen neutral bleiben!«, rufen die Anhänger*innen des Neutralitätsgesetzes. Ich halte das für Unsinn. In Erziehungsfragen kann und darf der Staat nicht neutral sein. Er ist es auch gar nicht: Er bezieht beispielsweise im § 1 des Schulgesetzes ganz klar Position für eine wünschenswerte kulturelle Aufklärung auf der Basis des Christentums und in Bezug auf den Nationalsozialismus für eine dezidiert antifaschistische Gesinnung, die bei den Schüler*innen herbeizuführen alle Berliner Lehrkräfte verpflichtet sind. Und das ist auch gut so!

In Bezug auf die Religiosität der Lehrkräfte handelt das Land Berlin auch nicht neutral, sondern bevorzugt derzeit ganz eindeutig und sehr einseitig die Religion der Gottlosen: den entschiedenen Laizismus. Damit handelt Berlin aber als Land selbst gegen den Beutelsbacher Konsens, der in einer liberalen Gesellschaft die Grundlage allen wertebezogenen pädagogischen Handelns bildet und auf den anstelle des Neutralitätsgesetzes alle Lehrkräfte durch einen einfachen Zusatz im Arbeitsvertrag leicht verpflichtet werden könnten.

Auf die Frage, was eigentlich tatsächlich geschieht, wenn Muslimas mit Kopftüchern in öffentlichen Grundschulen unterrichten, haben wir eindeutige Erfahrungen aus jenen Bundesländern, in denen das erlaubt ist, Bremen und Niedersachsen: Es passiert in der Regel überhaupt nichts! Den Kindern ist es völlig wurscht. Sie kennen ja Kopftuchträgerinnen aus dem Stadtbild und haben selten erfahren, dass von ihnen irgendeine Gefahr ausgeht.

Den Kindern ist es wurscht

Ich frage mich immer wieder: Wieso werden Menschen, die von einem Verfassungsrecht Gebrauch machen und sich auch öffentlich zu einer Religionsgemeinschaft bekennen, in den Augen so vieler anderer Menschen zur gefährlichen Person, der man keine Anstellung in der Grundschule geben darf? Könnte es einfach mangelnde Gewöhnung an eine neue Herausforderung der multikulturellen Gesellschaft sein? Ich vermute, dass wir nach dem zu erwartenden Scheitern des Neutralitätsgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht Lehrerinnen mit Kopftuch in wenigen Jahren genau so harmlos und selbstverständlich finden werden, wie Lehrkräfte, die sich zur Homosexualität bekennen. ■

Jörg Ramseger, leitete bis zu seiner Pensionierung die Arbeitsstelle Bildungsforschung Primarstufe an der Freien Universität

Texting + Sex = Sexting

Erotische Selfies zwischen Flirt und Cybermobbing. Welche Gefahren sind damit verbunden und wie gehen wir sinnvoll und präventiv damit um?

von Nikola Poitzmann

Liebe ist ein Glas, das zerbricht, wenn man es zu unsicher oder zu fest fasst.« So lautet ein russisches Sprichwort und man könnte beim Lesen die Augen schließen und sich an die eigene Jugendzeit erinnern. Wie war die Zeit der Pubertät? Wie wichtig war das eigene Aussehen? Welche Bedeutung hatten Freund*innen? Und wie kam es zum ersten Geschlechtsverkehr? Die Pubertät ist eine Phase des Umbruchs, des Austestens von Grenzen, der sexuellen Identitätsfindung, eine magische Zeit, in der Freud und Leid oft dicht beieinanderliegen. Die altersspezifischen Entwicklungsschritte lassen sich auch im Sexting wiederfinden.

Sexting, zusammengesetzt aus »Texting« und »Sex«, ist eine Spielart des Selfies. Dabei geht es um das Versenden und Empfangen von selbst erstellten Nacktbildern und Videos. Nichts zu tun hat es mit dem Versenden anonymer, nicht selbst produzierter pornografischer Darstellungen.

Für den pädagogischen Umgang mit Sexting ist es sinnvoll, die persönlichen sexuellen Erfahrungen und die eigene Haltung zu reflektieren. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen Mediennutzung, Wissen um das Thema Sexting sowie Neugier und Offenheit für die Lebenswelt von Jugendlichen bieten dafür die Basis.

Sexting im Alltag von Jugendlichen

Online-Kommunikation ist ein zentraler Bestandteil der Lebenswelt Jugendlicher. Hierzu nutzen sie verschiedene Plattformen, um text- und bildbasierte Nachrichten zu versenden. Nach der aktuellen JIM-Studie 2017 (Jugend, Information, Multi-Media), steht WhatsApp mit weitem Abstand an der Spitze, 94 Prozent der 12- bis 19-Jährigen nutzen diesen Kommunikationsdienst mindestens mehrmals pro Woche, Instagram kommt auf 57, Snapchat auf 49 Prozent. Die »dienstälteste« Plattform Facebook wird nur noch von einem Viertel der Jugendlichen regelmäßig genutzt.

Nach einer österreichischen Studie aus dem Jahr 2015 kennt die Hälfte der 500 befragten Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren jemanden, der oder die bereits Nacktaufnahmen von sich selbst an andere verschickt hat. Ein Drittel hat selbst schon Fotos oder Videos erhalten, auf denen Personen nackt oder fast nackt abgebildet waren. 16 Prozent der Jugendlichen gaben an, schon einmal freizügige Aufnahmen von sich selbst erstellt und diese dann meistens auch versandt zu haben. Sexting ist also ein häufiger Ausdruck des Beziehungs- und Sexuallebens junger Menschen. Aber auch Erwachsene sollten den eigenen Umgang mit Bildmaterial reflektieren: Wer hat schon mal ein Foto einer anderen Person verschickt, ohne sie vorher zu fragen? Wer hat Bilder des eigenen Kindes verschickt?

Auch wenn verschickte Bilder und Videos keine sexuellen Inhalte haben, gehen Erwachsene oft selbst recht sorglos mit den Persönlichkeitsrechten anderer Menschen um.

Die Ilmenauer Medienpsychologin Professorin Nicola Döring vergleicht die Funktion von Sexting-Botschaften mit der von Liebesbriefen. Sie finden meist in sexuellen Beziehungen statt und sollen Vertrauen aufbauen oder eine Beziehung festigen. Das Foto oder der Clip fungiert dabei als symbolisches Geschenk und kann deshalb auch der Anbahnung einer neuen Paarbeziehung oder einem unverbindlichen Flirt dienen. Sexting ist eine Form, sexuelle Identität zu erlangen, ohne die Gefahr, schwanger zu werden oder sich mit einer Geschlechtskrankheit anzustecken. Provokant ausgedrückt ist Sexting, zumindest physisch, Safer Sex und für die Beteiligten in der Regel überwiegend mit positiven Erfahrungen verknüpft.

Die größte Gefahr liegt in der möglichen ungewollten Veröffentlichung freizügiger Fotos oder Videos durch verletzte Ex-Partner*innen, gezieltes Mobbing oder unbedachte Späße. Ein Bild oder ein Film, die an nicht umsichtige Adressat*innen versandt wurden, können für das Opfer zu herbem Reputationsverlust und andauerndem Mobbing führen. Bezugspersonen wie Freund*innen, Eltern oder Lehrkräfte reagieren mit Schuldzuweisungen: »Wie kann man nur so dumm sein, solche Bilder zu verschicken? Selbst schuld.« Dieses Victim Blaming verhindert Mitgefühl und fördert die Beteiligung an Ausgrenzung durch Lästern oder stetiges Weiterleiten der Sexting-Botschaften. Dazu kommen die Sprengung der Raum-Zeit-Dimension, einmal im Netz – immer im Netz, und psychosoziale Folgen wie Scham, Schulangst, sozialer Rückzug, Depression bis hin zum Suizid.

Döring macht die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Sexting an den Erwartungen an die Mädchen fest. Diese sollen sich sexuell attraktiv präsentieren und gleichzeitig wird von ihnen »weibliche« Zurückhaltung verlangt. Ein offensiv sexuelles Verhalten gilt als »billig« und »schlampig« und führt zu sozialer Stigmatisierung, gerade unter Mädchen. Auch wenn der Inhalt von Sexting-Bildern meist weniger freizügig ist als das, was im Schwimmbad zu sehen wäre, die Existenz des selbst erstellten Fotos macht aktives sexuelles Handeln von Mädchen sichtbar und lässt sich leicht skandalisieren. Ein sexy Posing-Foto kann, so Döring, einen Jungen nicht im selben Maße bei seinen Peers kompromittieren wie ein Mädchen. Jungen reagieren ambivalent, sie zeigen sich interessiert und gleichzeitig werten sie die Mädchen ab, die solche Fotos von sich machen lassen und damit nicht der Norm femininer sexueller Zurückhaltung entsprechen.

Empfehlungen für Safer Sexting

Es hilft wenig, Jugendlichen allgemein nahezulegen, nie freizügige Bilder oder Videos zu versenden. Das ist vermutlich ebenso nutzlos wie der Hinweis, sie sollten nichts Persönliches ins Netz stellen. Doch wie lassen sich die Gefahren minimieren? Döring formuliert sechs Empfehlungen:

- *Einvernehmliches Sexting unter Jugendlichen ebenso wie einvernehmlichen Sex akzeptieren:* Wenn einvernehmliches Sexting unter Jugendlichen als normaler Bestandteil des Erwachsenwerdens anerkannt wird, ist es für Pädagog*innen auch möglich, bei Bedarf Details des »Safer Sexting« zu besprechen.
- *Nicht-einvernehmliches Weiterleiten bloßstellender Bilder als Problem fokussieren:*

Das eigentliche Vergehen ist nicht das Sexting, sondern das Herumzeigen und Weiterleiten privater Fotos ohne Einverständnis der abgebildeten Personen. Pädagog*innen sollten thematisieren, dass es sich dabei nicht um einen »lustigen Streich« handelt und dass es eine Frage der Ehre ist, sich nicht daran zu beteiligen, sondern sogar dagegen vorzugehen.

• *Unterstützung für Mobbing-Opfer durch Peers, Erwachsene und Institutionen verbessern:* Wenn Sexting nicht mehr tabuisiert wird, können sich die von ungewollter Fotoweitergabe betroffenen Opfer hilfesuchend an Eltern und Lehrkräfte wenden, ohne befürchten zu müssen, selbst beschuldigt und bestraft zu werden.

• *Sexueller Doppelmoral und Verunglimpfung von sexuell aktiven Mädchen als »Schlampen« entgegenwirken:* In Elternhaus und Schule sollten dysfunktionale sexuelle Scripts über den »Trieb« der Jungen und den »Ruf« der Mädchen hinterfragt werden.

• *Ausdrückliches Einverständnis als Richtschnur jeglichen sexuellen Handelns besser verankern und dabei die Jungen stärker in die Pflicht nehmen:* Das Einüben des Konsensprinzips, das Erkennen und Respektieren von Grenzen sind wichtige Erziehungsaufgaben.

• *Foto-Missbrauch in einer sozialen Gruppe als Symptom grundlegenderer Konflikte behandeln:* Sexting darf nicht auf den »falschen Umgang« mit dem Smartphone reduziert werden, vielmehr müssen Probleme der Klassengemeinschaft näher beleuchtet werden: Mobbing, Sexismus, fehlende Unterstützung von Seiten der Peers und der Erwachsenen oder fehlende Sensibilisierung für Privatsphäre. Programme wie *Soziales Lernen, Lions-Quest, Klassenrat* oder der *No Blame Approach* fördern das soziale Klima in der Klasse und die Ich-Stärkung der Jugendlichen.

Vorwürfe vermeiden

Auch Jugendliche geben sich untereinander Ratschläge für sicheres Sexting. Döring nennt acht Kriterien, die in Jugendforen immer wieder auftauchen:

1. Mach nur beim Sexting mit, wenn du es wirklich willst.
2. Betreibe Sexting nur mit einer verantwortungsvollen Person, die du gut kennst.
3. Betreibe Sexting nicht einseitig, indem nur du Bilder schickst, sondern wechselseitig.
4. Anstelle von sexuell sehr eindeutigen Fotos oder Nacktbildern kannst du im Zweifelsfall Unterwäsche- oder Badehosen- oder Bikini-Fotos nehmen.
5. Sexting-Bilder können anonymisiert werden, indem du einen Ausschnitt wählst, auf dem dein Gesicht oder andere identifizierende Merkmale nicht zu sehen sind.
6. Wenn du Fotos verschenken möchtest, dann vielleicht lieber professionelle Aktfotos vom Fotografen. Die sehen auf jeden Fall ästhetisch und nicht »billig« aus.
7. Niemand darf ohne dein ausdrückliches Einverständnis Bilder von dir machen oder Bilder, die du selbst gemacht hast, weiterverbreiten. Das ist eine Straftat.
8. Stehe zu dem, was du gemacht hast und zu deinem Körper. Du hast nichts falsch gemacht. Schämen sollten sich diejenigen, die Fotos weiterleiten und andere mobben.

Peer-to-Peer-Empfehlungen haben einen höheren Wirkungsgrad als die von Pädagog*innen. Im Unterricht könnte man deshalb die Tipps von den Jugendlichen selbst erarbeiten lassen.

Lehrkräfte, die von jungen Menschen angesprochen werden, sollten Vorwürfe vermeiden und diese Botschaft vermitteln: »Es ist nicht immer leicht, sich selbst zu schützen. Wenn es dir nicht gelungen ist, ist das nicht deine Schuld!« Nicht die sexy Selbstdarstellung ist zu verurteilen, sondern das, was damit passiert ist, nämlich die Verbreitung durch andere.

Zum Abschluss noch einmal zurück zu dem zitierten Sprichwort: Auch Sexting ist wie ein Glas, das zerbrechen kann. Eine Garantie für die Sicherheit des Glases gibt es nicht, aber es können Wege aufgezeigt werden, wie das Glas von allen Beteiligten achtsam gehalten werden kann. ■

Nikola Poitzmann, Themenbeauftragte für Sexualisierte Gewalt im Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen des Hessischen Kultusministeriums

GRAFIK: BLEIFREI

Fetisch Digitalisierung

Die Digitalisierung in der Bildung wirft viele Fragen auf. Maschinen sollten für Menschen arbeiten, nicht umgekehrt

von Jörg Tetzner

Die pädagogisch Beschäftigten stellen angesichts der auf uns zurollenden digitalen Welle entscheidende, oft auch unangenehme, Fragen. Wir geben als Gewerkschaft Antworten, die überhaupt nicht ins neoliberale Geschäftsmodell des Fetischs Digitalisierung passen. Bereits im Jahr 2016 verkündete Johanna Wanka vom Bundesministerium für Bildung und Forschung vor dem 10. Nationalen IT-Gipfel in Saarbrücken den »Digitalpakt«. Dieser geht zurück auf die Ideen ihrer IT-Gipfel-Plattform »Digitalisierung in Bildung und Wissenschaft«, wo sich Lobbyist*innen der IT-Branche, wie zum Beispiel Bitkom, Microsoft, SAP, Telekom und Hasso-Plattner-Institut tummeln.

Dieser Pakt soll nun bundesweit Schulen für fünf Milliarden Euro mit angeblich modernster Breitband- und IT-Technik ausstatten. Eine Kosten-Nutzen-Abwägung gibt es natürlich nicht. Über pädagogische Sinnhaftigkeit und Datenschutz mag die Branche sowieso nur ungern reden. Es bleibt auch die Frage offen, wie viel von dem Geld am Ende in den einzelnen Schulen ankommt, wie zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen verteilt wird und vor allem, wie nachhaltig für Wartung und Infrastruktur gesorgt wird. Wie viele Schüler*innen werden sich denn einen Laptop oder ein Tablet teilen?

Jugendliche brauchen mehr als Tablets

Egal. Hauptsache der Verkauf von Automaten geht los. Für satte Steuermilliarden, versteht sich. Wie Drogenhändler*innen haben die Computerverkäufer*innen schon die Kleinsten im Blick. Wer sich früh in Technik übt, wird auch später zu den fügsamen IT-Konsument*innen zählen, die sich über ihre Daten und ihre Zeiteinteilung eher wenig Sorgen machen. Dass Expert*innen aus der Medizin und Pädagogik den Einsatz von Digitaltechnik im Unterricht für Schüler*innen unter zwölf Jahren ablehnen, stört hier nur. Aber auch bei Jugendlichen über zwölf Jahren bleibt es fraglich, ob die tägliche, stundenlange Bildschirmarbeit in Tablet-Klassen der Gesundheit, der seelischen Ruhe und der emotionalen Entwicklung zuträglich ist. Suchtgefahr und Fremdsteuerung sind bei digitalen Medien an Berliner Schulen extrem hoch, so dass viele Schulen elektronische Medien während der Pausen verbieten. Wobei die Wirksamkeit eines formalen Verbots vermutlich eher beschränkt bleibt. Sinnvoller ist sicher die Thematisierung eines angemessenen Medienumgangs im Unterricht.

Dabei können digitale Medien wie zum Beispiel Smartphones im Unterricht sehr nützlich sein, wenn sie funktional eingesetzt werden. Damit ist der Schlüssel zu einem Lernfortschritt durch Technik immer die Lehrkraft. Die Träume der Branche vom automatisierten Lernen und Abprüfen blamieren sich in jeder Studie, ob Telekom, OECD oder PISA. Die Lernergebnisse verbessern sich eben nicht selbstverständlich durch neue Technik. Wer schlecht Lesen, Rechnen und Schreiben kann, braucht individuelle Betreuung. Emotionale Probleme klärt kein Tablet.

Wir brauchen wieder Funkstille

Was heißt das digitale Umpflügen der Bildungslandschaft für unsere Arbeitsbedingungen als Beschäftigte? Zunächst einmal braucht Technik Pflege und Wartung. Was nützt die modernste Anlage, wenn sie noch drei Updates braucht, bis sie läuft? Technik braucht damit vertrautes Personal. Fortbildungen sind nötig, die bei den jetzt schon überlasteten Lehrkräften nicht obendrauf kommen können, sondern statt Unterricht stattfinden müssen. Technik muss irgendwo stehen und angeschlossen sein. Marode Schulbauten erschweren das oder machen es unmöglich. So werden Personalmangel und Sanierungstau auch hier zum Killer von sinnvollem Fortschritt.

Die Personalräte müssen im Blick behalten, dass sich mit der Digitalisierung die Arbeitsschritte von Lehrkräften leicht zentral nachvollziehen lassen. Ein Profil der »Performance« von Einzelnen kann erstellt werden. Wie überall heißt Digitalisierung ständige Erreichbarkeit. Wir sollten Phasen der digitalen Ruhe verlangen. Am Wochenende und wochentags ab 19 Uhr ist Funkstille! Zudem sind in irgendwelchen School-Clouds eingestellte Materialien leicht auf Urheber*innenrechte zu überprüfen und das Nutzer*innenverhalten ist ein Marketingobjekt. Da hilft es sehr, offline zu arbeiten, im lokalen Netzwerk und nur schulintern. Der staatliche Bildungsträger überlässt allzu gern das digitale Feld privaten Anbieter*innen. Diese haben keinen Bildungsauftrag und wir sollten auf nichtkommerzielle Angebote gesellschaftlicher und staatlicher Akteur*innen drängen, damit Bildung nicht zum Profitautomaten verkommt.

Digitalisierung kann pädagogische Arbeit sinnreich ergänzen. Sorgen wir dafür, dass sie nicht für Sparfantasien von Bildungspolitiker*innen ausgenutzt wird. Mehr Automatisierung geht natürlich oft einher mit weniger Personal, dafür mehr Druck und Überwachung. Die Gewerkschaft ver.di hat die voll automatisierten Arbeitsplätze beim Versandhändler Amazon gut dokumentiert. Ein kleines Piepsgerät mit Mikrofon und Kamera zeigt den prekär Beschäftigten, wie sie noch mehr und schneller arbeiten sollen. Ihnen gehört unsere digital-kritische Solidarität. Schule als Kopie von Amazon? Halten wir dagegen!

Jörg Tetzner,
Lehrer in Neukölln

FOTO: SYDA PRODUCTIONS/FOTOLIA

Ethik richtig unterrichten

Die Einführung in die Fachdidaktik des Ethikunterrichtes von Rolf Roew und Peter Kriesel bietet eine gute Grundlage für das Selbststudium fachfremd unterrichtender Ethiklehrkräfte

von Gerhard Weil

Zwei Wochenstunden verpflichtenden Ethikunterricht für die Sekundarstufe I gibt es in Berlin nun seit knapp zwölf Jahren. Trotzdem besitzt jede zweite Lehrkraft, die Ethik unterrichtet, keine fachliche Ausbildung. Das dürftige Weiterbildungsangebot der Senatsschulverwaltung reicht nicht aus, um alle zu kompetenten Ethik-Lehrkräften auszubilden. Da ist Selbsthilfe gefragt und es müsste eigentlich ein großer Bedarf an Fachliteratur bei Kolleg*innen bestehen, die plötzlich Ethik ohne grundlegende Voraussetzung unterrichten müssen und sich sachgerecht vorbereiten möchten.

Dafür bildet die »Einführung in die Fachdidaktik des Ethikunterrichtes« von Rolf Roew und Peter Kriesel eine gute Grundlage. Während der Kollege Roew, Lehrkraft für Ethik und Philosophie, seit dem Jahr 2006 als Fachberater für Ethik an Gymnasien in Bayern tätig ist, war Peter Kriesel Dozent für Fachdidaktik für Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde (LER) in Potsdam und ist heute freier Autor und der Koordinator des Bündnisses Pro Ethik in Berlin.

Sachlich erläutern die Autoren im Eingangskapitel detailliert die Ziele des Faches in Schulgesetzen und Landesverfassungen mit der Einbeziehung des Grundgesetzes, der Menschenrechte und der Verpflichtung zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität. Danach werden die Rahmenlehrpläne und Inhalte für die Sekundarstufe I der zwölf Bundesländer vorgestellt, in denen Unterricht im Fach Ethik erteilt wird. Im folgenden Kapitel werden Diskussionsanlässe im Ethikunterricht zwischen Indoktrination und Werterelativismus erörtert und die Zielvorgabe der Entwicklung eines kritischen Geistes propagiert.

Bedürfnisse von Schüler*innen werden ausführlich analysiert

Nach einem Kapitel über die psychologischen Grundlagen von Urteilen und Handeln folgen Ausführungen über die Kompetenz zum sittlichen Handeln sowie einige lesenswerte Aspekte zu Wissen, Motivation, Einstellungen und Fertigkeiten.

Sehr ausführlich analysieren dann die Autoren die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in ihrer sozio-moralischen Entwicklung bis hin zu ihren weltanschaulich und religiösen Orientierungen, ihrer Mediennutzung, Einstellung zu Sexualität und Partnerschaft und dem gesellschaftlichen oder politischen Engagement. Im folgenden Kapitel werden für die Heranwachsenden als ethische Aufgabenfelder der Umgang mit sich selbst, das Zusammenleben im gesellschaftlichen Umfeld und epochaltypische Schlüsselprobleme wie zum Beispiel ökologische Gefahren, Krieg oder ökonomische Ungleichheit besprochen.

Nach einer Abhandlung über die möglichen Inhalte des Ethikunterrichts, wie sie letztlich auch den Rahmenlehrplänen der jeweiligen Bundesländer zu entnehmen sind, geht es um die didaktischen Prinzipien wie zum Beispiel Schüler*innen- und Problemorientierung, Förderung der gesamten Persönlichkeit und des kritischen Geistes und eine Outcome-Orientierung des Ethikunterrichts. Letzteres bedeutet die Übertragbarkeit des Gelernten auf das Schulleben und den weiteren Alltag. Im Abschlusskapitel wird sehr ausführlich auf die Methoden des Ethikunterrichts eingegangen. Neben vielen bekannten Methoden seien hier vor allem das Rollenspiel, Kommunikations- und Achtsamkeitsübungen sowie das Erschließen von philosophischen Texten und das ethisch-philosophische Unterrichtsgespräch als besondere pädagogische Herausforderungen genannt. Eine Fülle von Literaturhinweisen im Anschluss an jedes Kapitel rundet diese empfehlenswerte Fachdidaktik ab.

Somit stellt die Einführung in die Fachdidaktik eine gute Grundlage dar, um die eigenen Unterrichtsfähigkeiten im Fach Ethik weiter auszubilden und sich dem eigenen Anspruch »Ethik richtig unterrichten!« zu nähern.

Gerhard Weil,
Sprecher des Bündnisses Pro Ethik

FOTO: PHOTOSCHMIDT/FOTOLIA

Lina Mayer-Kulenkampff (erste Reihe, vierte von rechts) und das Kollegium der Staatlichen Augusta-Schule 1932 FOTO: SOPHIE-SCHOLL-SCHULE

Eine Schulleiterin bleibt standhaft

Lina Mayer-Kulenkampff verweigert im Jahr 1934 den Eid auf das nationalsozialistische Regime. Erinnerung an eine unglaublich mutige Frau

von Bodo Förster

Zum ersten Mal stand der renommierten Staatlichen Augusta-Schule in Berlin eine Frau vor. Lina Mayer-Kulenkampff wurde in schweren Zeiten Direktorin dieser Mädchenschule. In ihren maschinengeschriebenen »Erfahrungen und Erlebnisse in Berlin 1931-1934« heißt es dazu:

»Im Frühjahr 1931 war ich an die Staatliche Augusta-Schule in Berlin, eine der ältesten Höheren Mädchenschule in Preußen, berufen worden. Jahrzehntelang hatte diese Schule unter der starken Leitung eines von der männlichen Vorherrschaft überzeugten Direktors gestanden. Die männlichen Studienräte waren durch seine Art geformt. Die Frauen erkannten die angemaßte männliche Überlegenheit an, oder sie litten unter ihr. Schon die Tatsache, dass die Leitung der berühmten Schule jetzt in den Händen einer Frau lag, musste im Kollegium zu erbitterten Kämpfen gegen die weibliche Leitung führen. Ich nahm sie auf, ohne einen Zoll zurück zu weichen. Doch sind sie vor dem unheimlichen Geschehen auf der politischen Bühne verblasst. Am 20. Juli erlebte ich den Staatsstreich des Reichskanzlers Papen gegen die preußische Staatsregierung als unerhörten Triumph rechtloser Gewalt. […] Seitdem erfasste die Ahnung von politischen Umwälzungen immer weitere Kreise. Dies bewies mir neben vielen sonstigen Erfahrungen ein Vorkommnis auf der Direktoren-Konferenz der Höheren Schulen Groß-Berlins, die im Herbst 1932 stattfand. Eine kleine Schar von Direktoren, die sich zu den ›Demokraten‹ zählte, traf sich im Anschluss an die allgemeine Konferenz in einem Cafe. Man vereinbarte, dass man miteinander Fühlung halten wollte, um sich angesichts einer undurchsichtigen Situation über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen.«

»Unter den Lehrern, die ich kannte, hat sich keiner zum Wagnis des Widerstandes entschlossen«

Mayer-Kulenkampff oblag die Ausrichtung der Hundertjahrfeier der Schule. Die »Anstalt« wurde 1832 als »Höhere Töchterschule auf der Friedrichstadt« gegründet. Lilly Schochow-Bublitz schrieb als Zeitzeugin in einer Chronik:

»Die Hundertjahrfeier im April 1932. Da stand das Haus beinahe auf dem Kopf, und alle seine Insassen wurden von dem Wirbel erfasst. Es gab viele Veranstaltungen aus allen Zweigen des Unterrichts. […] Aber wir ahnten nicht, wie auf diesen Höhepunkt des Festes der Wendepunkt folgen sollte. […] Dr. Lina Mayer-Kulen-

kampff, die sich um das Fest mit dem Kollegium so viel Mühe gegeben hatte, musste 1933 die Schule verlassen, weil sie sich geweigert hatte, den Beamteneid auf Hitler zu leisten. Es brach eine andere Zeit an!«

Es brach leider wirklich eine andere Zeit an, denn Adolf Hitler bekam am Montag, dem 30. Januar 1933 im Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstraße, nur ungefähr drei Kilometer von der Augusta-Schule entfernt, vom Reichspräsidenten von Hindenburg die Ernennungsurkunde für das Amt des Reichskanzlers überreicht.

Die ehemalige Bundestagspräsidentin, Annemarie Renger, war damals Schülerin der Augusta-Schule und erinnert sich:

»In meinem Gedächtnis eingebrannt ist aber der 31. Januar 1933 (Ich hoffe, das Datum stimmt). Einen großen Eindruck hat unsere Oberstudiendirektorin auf mich gemacht. Frau Dr. Mayer-Kulenkampff, die meines Wissens zur Demokratischen Partei gehörte und nach 1945 in die SPD in Bremen eingetreten ist. Sie sollte gezwungen werden, die schwarz-rot-goldene Fahne vom Schulhaus runterzuholen, und hat sich geweigert. Wir wurden in der Aula zusammengerufen, und dann hat diese Frau, als ob nichts geschehen wäre, ihre Morgenandacht gehalten, und hat ein Gedicht von Rainer Maria Rilke vorgetragen, das in krassem Widerspruch zu diesen Vorgängen stand. Das war für mich ein bleibender Eindruck. Eine unglaublich mutige Frau, klein und in langem Kleid erschien sie da. Mein Deutschlehrer, ich weiß nicht, wo er plötzlich die Uniform her hatte, sprang in SA-Uniform auf das Podium und hielt eine flammende Rede, die mit einem Hoch auf den Führer endete.«

Renger schrieb in einem Brief vom 5. Januar 1976:

»Wenn ich in Berlin bin, komme ich gelegentlich an der alten Augusta-Schule vorbei, und an meine Schulzeit habe ich gute Erinnerungen. […] Unvergesslich ist mir Frau Dr. Mayer-Kulenkampff gewesen, die sich so tapfer gegen diejenigen gewehrt hat, die uns nachher ins Unglück gebracht haben.«

Mayer-Kulenkampff berichtet in ihren Erinnerungen »Politische Lebenserfahrungen einer Pädagogin – Lebenserinnerungen, geschrieben in den Jahren 1963-65« über ihre Zeit als Schulleiterin der Augusta-Schule:

»An alle Direktoren höherer Schulen erging die Verordnung, dass sie persönlich am Tag von Potsdam, am 21. März 1933, durch eine Rede die patriotische Bedeutung feiern mussten. Eine Übertragung der Ansprache auf ein Mitglied des Kollegiums, die immer im Belieben des Direktors gestanden hatte, wurde verboten. Wieder griff ich zum Telefon, wieder fanden die Kollegen den Auftrag zumutbar. Meinen eigenen Entschluss konnte das nicht beeinflussen.
Ich teilte dem Provinzial-Schulkollegium diesmal schriftlich meinen Rücktritt mit. Beauftragte die Oberstudienrätin der Schule, Katharina Beer, mit meiner Vertretung und bat sie, an meiner statt die befohlene Rede zu halten. […] Frau Beer verstand meinen Entschluss und bejahte ihn. […] Bis zu ihrem Tode, kurz vor Kriegsende, haben wir seit dem treu zusammengehalten. Mein Rücktritt von der Leitung der Augusta-Schule erfolgte nicht aus der Emotion des Augenblicks. Er erfolgte aus täglich überprüfter Beurteilung der politischen Lage und der politischen Führung. Ich musste damit rechnen, dass ich mir jede Berufsarbeit in öffentlichen Diensten versperrte. […] Mein Gehalt wurde mir stillschweigend weiter überwiesen. Den ganzen Sommer über rührte sich die Behörde überhaupt nicht. Unter der Hand hörte ich, dass im Ministerium meine Haltung als große Ausnahme gerühmt wurde. So haben wir fast ein Jahr lang die wilhelminisch weitläufige Dienstwohnung in der Augusta-Schule beibehalten.«

»Ich wusste sofort: das bedeutet mein endgültiges Ausscheiden aus meinem Beruf«

Mayer-Kulenkampff benachrichtigte den Vorstand des Elternbeirats. Ein Ministerialrat aus dem preußischen Handelsministerium als Elternvertreter blieb jede Antwort schuldig, aber die Elternvertreterin Zinn besuchte die Schulleiterin und es entwickelte sich eine langjährige persönliche Verbindung. Zum Kollegium der Augusta-Schule der damaligen Zeit führte Mayer-Kulenkampff aus:
»Politisch waren diese 50 Menschen sehr unterschiedlich zu beurteilen. Die überwiegende Mehrzahl schwamm in dem ahnungs- und urteilslosen Strom des deutschen Volkes mit. Einige hoben sich durch ihre deutsch-nationale Haltung hervor. So antwortete mir eine Studienrätin auf meine Warnung vor der Reichskanzlerschaft Hitlers ›Ich bin fest überzeugt, dass alles gut gehen wird‹. Der Klassenlehrer einer Obersekunda hielt es etwa Anfang März für angemessen, eine seiner Schülerinnen, ein Kind aus altmärkischem Adel, zum Hissen der schwarz-weiß-roten Fahne vom Dach der Schule zu ermutigen. Ich stellte ihn zur Rede und veranlasste, dass die Schülerin die Fahne wieder einholte. […] Bis zu meinem Ausscheiden hatte ich mit zwei […] Studienassessoren nähere Fühlung gehabt.«

Eine von diesen jungen Lehrkräften äußerte:

»Ich kann mich nicht für mein ganzes Leben von der Arbeit, die ich liebe, trennen!«

»Dass sich unter den Lehrern, die ich kannte, keiner zu dem Wagnis des Widerstands entschloss, hat mich damals viel beschäftigt. War ihnen ihr Beruf nur Broterwerb, keine Berufung? Mussten nicht alle, überzeugte Nationalsozialisten ausgenommen, vor den aufmerksamen und kritischen Klassen immer wieder zu Lügnern werden? Behielten sie die innere Autorität, die allein den Führungsanspruch vor der Jugend rechtfertigt?
Auf die Frage, ob der deutsche Akademiker überhaupt noch sich in seiner Welt der Werte verpflichtet fühle, erhielt ich am 1. Mai 1933, als die deutschen Hochschullehrer, die ›Arbeiter der Stirn‹, unter der Führung ihrer Rektoren und Dekane in farbenträchtigen Talaren in der Universitäts-Aula ihrem Führer Adolf Hitler huldigten, eine vernichtende Antwort. Dieser Kotau erschütterte mich aufs tiefste als die endgültige Niederlage des deutschen Geisteslebens. Es ist verständlich, dass ich in diesen aufwühlenden Tagen auch von meiner sechzehnjährigen Tochter, Oberprimanerin eines Steglitzer Mädchen-Realgymnasiums zur Rede gestellt wurde. […] Ihr Direktor, der schnell vom Deutschnationalen zum Nationalsozialisten hinübergewechselt hatte, hielt für die Oberprima eine philosophische Arbeitsgemeinschaft, die meine Tochter besuchte. Sein Standpunkt verfehlte nicht seine Wirkung auf sie. Eines Tages sagte sie mir

nach Tisch: ›Mutter, ich glaube, Du hast auf das falsche Pferd gesetzt‹. Meine Antwort: ›das kannst du noch nicht verstehen‹, ließ sie nicht gelten: ›Wenn du mir den Verzicht auf die Schulleitung jetzt nicht erklärst, kann ich dich nicht verteidigen‹. 1 ½ Stunden ging unser Gespräch um meine Sicht der politischen Lage und um meine Entscheidung. Dann war das Vertrauen zwischen uns wieder hergestellt. […] Im Sommer 1933 fuhren meine Tochter und ich nach England. […] Die entsetzlich demütigende und hoffnungslose Lage der (deutschen) Emigranten griff mir ans Herz.«

Mayer-Kulenkampff war zu diesem Zeitpunkt alleinerziehende Mutter, denn der Ehemann beziehungsweise Vater war im Ersten Weltkrieg getötet worden. Zurück in Berlin erhielt sie einen Anruf des Provinzialkollegiums, in dem ihr zugeredet wurde, doch bitte ihre »pädagogische Wirksamkeit nicht ganz aufzugeben.« Ihr wurde eine Studienratsstelle, vorher war sie Oberstudiendirektorin, an der Staatlichen Elisabethschule angeboten. Sie nahm an und wurde Klassenleiterin einer Obersekunda.

»Der bisherige Schulleiter war als Demokrat im Sommer 1933 entlassen worden. Sein Nachfolger hatte als Angehöriger der SA den Posten geerbt. Er war sicher geistig nicht darauf vorbereitet, doch guten Willens und mir gegenüber von freundlicher Zurückhaltung. […] Als ich am Donnerstag, dem 2. August 1934, ahnungslos das Lehrerzimmer betrat, hörte ich aus den Gesprächen der erregten Kollegen, dass Hitler sich nach Hindenburgs Tod zum Reichspräsidenten gemacht und dass er die sofortige Vereidigung aller Beamten auf seine Person angeordnet habe. Sofort wusste ich: das bedeutet mein endgültiges Ausscheiden aus meinem Beruf. Am frühen Nachmittag schrieb […] ich den Antrag auf Entlassung. […] So schied ich aus dem preußischen Schuldienst aus.«

Der Jahresbericht der Schulleitung von 1932 ist als maschinengeschriebenes Manuskript erhalten und nennt als »Leiterin der Anstalt im Berichtsjahr: Oberstudiendirektorin Dr. Mayer-Kulenkampff. Berichterstatter: Kommissarischer Anstaltsleiter: Gruenberg.« Unter »3a) Lehrkörper« wird registriert: »Es schieden aus dem Kollegium aus: […] am 18.3.33 Oberstudiendirektorin Dr. Mayer-Kulenkampff«. Eine Oberstudiendirektorin ist Leiterin im Berichtsjahr und scheidet im selben Jahr aus dem Kollegium aus! Ohne Kommentar oder Erläuterung, wie es bei anderen Kolleg*innen durchaus üblich war.

»Bis heute erinnert keine Straße und kein Platz an Lina Mayer-Kulenkampff«

Der Nachfolger von Mayer-Kulenkampff in der Augusta-Schule wurde am 30. April als kommissarischer Schulleiter Leo Grünberg. Er schrieb: »ein kommender Waffengang des deutschen Volkes wird die Probe darauf sein, ob der deutsche Lehrerstand ein brauchbares Glied des deutschen Volkes im Dritten Reich geworden ist«. Mit Ablauf des Schuljahres verließ er die Schule, weil er Oberschulrat wurde. In dieser Funktion gab er mit Moritz Edelmann, seinem Nachfolger als Schulleiter, das Geschichtslehrwerk »Volkwerden« heraus. Mit den Geschichtsschulbüchern dieser Reihe versuchte Edelmann, seine Vorstellungen von einem einheitlichen nationalsozialistischen Geschichtsbild in konkreter Umsetzung in die Schule zu tragen. Edelmann blieb bis 1939 Schulleiter der Augusta-Schule. Als ehemaliger Obersturmbannführer der SS wurde er 1948 in einem Entnazifizierungsverfahren als »Unbelasteter« eingestuft.

Für Mayer-Kulenkampff folgten schwere und stille Jahre des inneren Widerstandes. Um überleben zu können, gab sie private Unterrichtsstunden und nahm Kinder zur Betreuung in ihre Wohnung in Berlin-Zehlendorf auf. Zusammen mit Martin Niemöller, Hellmut Gollwitzer, Elly Heuss-Knapp und Theodor Heuss engagierte sie sich aktiv in einem Freundeskreis, der Verfolgten mit gesammelten Lebensmittelmarken half und Fluchten aus NS-Deutschland ermöglichte.

Nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur übernahm Mayer-Kulenkampff in Berlin die Gesamtleitung des renommierten Pestalozzi-Fröbel-Hauses in Schöneberg, unweit ihrer Augusta-Schule, die seit Dezember 1945 Sophie-Scholl-Schule hieß. Diese Schule wurde im Verantwortungsbereich der West-Alliierten als erste nach einem Mitglied der studentischen Münchener Widerstandsgruppe »Die Weiße Rose« benannt.

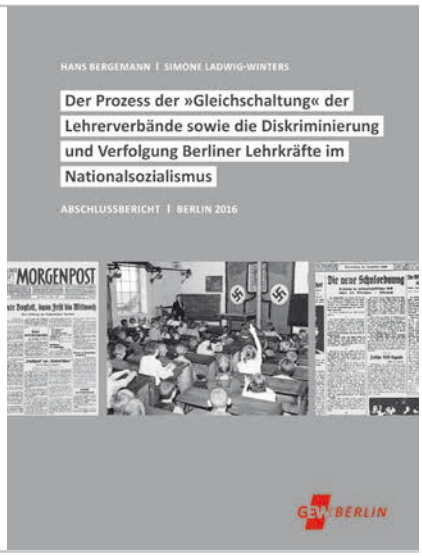
Ihr besonderes sozialpädagogisches Interesse galt der »notleidenden Nachkriegsjugend«, sie war die Herausgeberin der Sozialpädagogischen Arbeitshefte. Aus gesundheitlichen Gründen zog sich Mayer-Kulenkampff 1951 aus der aktiven Berufsarbeit zurück. Sie engagierte sich bis 1960 in der Victor-Gollancz-Stiftung und wurde für ihre sozialen Verdienste zu ihrem 70. Geburtstag mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sie starb kurz vor Vollendung des 85. Lebensjahres am 10. März 1971 in Kassel.

Bis heute gibt es keine Straße, keinen Platz in Berlin, der nach Mayer-Kulenkampff benannt ist. Wir Mitglieder der GEW sollten das ändern.

Bodo Förster, Studiendirektor i.R., bis 2012 Fachbereichsleiter für Gesellschaftswissenschaften an der Sophie-Scholl-Schule

VERFOLGTE LEHRKRÄFTE

Zum Ende des letzten Jahres erschien die von der GEW BERLIN beauftrage Studie »Verfolgte Lehrkräfte«. Der Untersuchungsbericht beschreibt 468 Einzelschicksale und ordnet diese einzelnen Berliner Schulen zu. Viele Schulen haben Archive, die bis in die damalige Zeit zurückreichen. Welche Spuren haben die Kolleg*innen in ihren Schulen hinterlassen? Wie ist es denen ergangen, die Krieg und Verfolgung überstanden haben? Wer fündig geworden ist, schreibe an die Redaktion der *bbz*. Wir freuen uns auf weitere Beiträge.



26 Stunden sind mehr als eine volle Stelle

Ein großer Teil der Lehrkräfte unterrichtet in Teilzeit. Gründe dafür gibt es viele

von Michael Rau

Mein Beitrag ist subjektiv. Es ist ein Versuch, meine Erfahrungen aus knapp 20 Jahren Tätigkeit an einer Berliner Berufsschule zusammenzufassen. 1999 bin ich als Quereinsteiger in einer sonderpädagogischen Berufsschule eingestellt worden. Damals war die Unterrichtsverpflichtung 22 Stunden, an den Oberstufenzentren waren es zum gleichen Zeitpunkt 23.

Ich habe immer viel mehr als nur Unterricht gemacht: Schulentwicklung, Gremienarbeit, einige Jahre IT-Administration an meiner Schule, Fortbildungen, auch als Anbieter, Projekte – aktuell die Leitung einer Online-Akademie, an der Schüler*innen IT-Zertifikate erwerben können. Das soll ihre Berufschancen verbessern. Es gibt in Berlin einige Schulen, die solche Projekte betreiben.

Am Anfang habe ich meine Arbeitszeit notiert und bin auf circa 48 Stunden die Woche gekommen. Wenige Jahre danach hatte ich 25 Unterrichtsstunden statt 22. An den Oberstufenzentren sind es entsprechend 26. Das sind 13,5 Prozent mehr, also auf 39 Stunden umgerechnet hieße das eine Erhöhung auf etwas mehr als 44 Stunden. Schnell habe ich gemerkt, dass 25 Stunden mehr als eine volle Stelle sind.

»Ich bin auf Teilzeit gegangen, um die bisherige Qualität von Unterricht und Betreuung aufrechterhalten zu können und um gesund zu bleiben«

Ich bin auf Teilzeit gegangen, um die bisherige Qualität von Unterricht und Betreuung aufrechterhalten zu können und um gesund zu bleiben. Es gibt viele andere Gründe für Teilzeit, aber ich kenne an meiner Schule einige, die aus dem gleichen Grund in Teilzeit arbeiten. In Berlin gibt es eine große Zahl von Kolleg*innen, die aus genau diesen Gründen in Teilzeit arbeiten.

Ich bin froh, dass die Senatsverwaltung dieses Jahr so viele Lehrkräfte einstellen konnte. Das wird auch noch nächstes und vielleicht übernächstes Jahr nötig sein, um die Abgänge zu kompensieren, aber danach kann eine derart große Zahl von Einstellungen auch Entlastungen ermöglichen.

Die Forderung nach mittelfristiger Absenkung der Unterrichtsverpflichtung um drei Stunden ist daher nicht unerhört oder unrealistisch, sondern eine Rückkehr zu einem früheren Stand, nachdem die Lehrkräfte in der Zwischenzeit 14 Jahre lang in Vorleistung getreten sind. Eine Reduzierung wäre eine Maßnahme zur wirklichen Qualitätsverbesserung in der Schule.

Es wäre auch ein nachhaltiger Ausdruck der Wertschätzung gegenüber den Lehrkräften. Und umgekehrt: Wenn Senatorin Scheeres und die Senatsverwaltung eine Reduzierung unterstützen würden, wäre ihnen dauerhaft eine hohe Wertschätzung der Lehrkräfte an den Schulen sicher. ■

Der Text ist die überarbeitete Fassung eines Beitrags auf der Personalversammlung des pädagogischen Personals der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen im November 2017

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Bild links: Michael Rau mit GEW-Kolleg*innen vor der Senatsbildungsverwaltung

Michael Rau, Personalrat der zentralverwalteten und berufsbildenden Schulen

In tiefer Trauer und großer Dankbarkeit …

André Dupuis ist am 29. Januar 2018 im Alter von 61 Jahren verstorben. Er konnte trotz großem Kampfgeist seine Krankheit nicht besiegen. »Niemand darf in seiner/ihrer Entwicklung ge- und behindert werden«, dieser Kernsatz war Andrés Lebensphilosophie. Als Erzieher im Kinderhaus Friedenau arbeitete er seit Anfang der 70er Jahre mit an einem Integrationskonzept. Gegen den Willen der Berliner Behörden wurde das Konzept dann erfolgreich auf die Fläming Grundschule übertragen.

Als er von 1985 bis 1997 im Geschäftsführenden Landesvorstand der GEW BERLIN das Referat Außerschulische Jugend- und Sozialarbeit leitete, musste er gleich die Kita-Warnstreiks und den zwölfwöchigen Kitastreik organisieren. Die Berliner Streiks prägten sein gewerkschaftliches Bewusstsein, so dass er auch in den Tarifauseinandersetzungen um den Sozial- und Erziehungsdienst in den Jahren 1990/91, 2009 und 2015 für Streiks kämpfte.

Die Mauer fiel und André reiste in die neuen Bundesländer. Nicht als Besser-Wessi von oben herab, sondern mit Respekt versuchte er sein Konzept einer inklusiven, an den Kinderrechten ausgerichteten Pädagogik anzubieten. Für André war Inklusion mehr als ein pädagogisches Projekt. Inklusion war für ihn ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel, der nie zum Stillstand kommt. André wechselte in die Fortbildung. Als Diplom-Pädagoge war er für das Haus am Rupenhorn (Senatsfortbildungsstätte), das Evangelische Kita-Amt, FIPP e.V. und in seiner eigenen Fortbildungsinstitution PIKE e.V. tätig. André unterstützte die Internationale Kinderrechtsbewegung und vertrat die GEW in der National Coalition. Anfang 2000 wechselte er den Landesverband und zog nach Stuttgart. Sein gewerkschaftliches Engagement war weiterhin ungebrochen. So wurde er 2005 zum Vorsitzenden der Bundesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe gewählt, die er bis zu seinem Tod leitete und prägte. Er vertrat die Fachgruppe aktiv in allen Bundesgremien der GEW.

André Dupuis wird in der Geschichte der GEW einen würdigen Platz haben. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Petra und seiner Familie. Lieber André, danke für die gemeinsame Zeit und die vielen politischen Aktionen. Du fehlst mir schon jetzt.

Norbert Hocke

Strategien gegen Altersarmut

Rente muss für ein gutes Leben reichen – deshalb muss Alterssicherung zu einem Schwerpunktthema unserer Gewerkschaft werden

von Barbara Dobschall

Als Frauenvertreterin berate ich häufiger Kolleginnen zum Ruhestand. Dabei musste ich feststellen, dass es viele teilzeitbeschäftigte oder langzeiterkrankte aber auch vollzeitbeschäftigte Kolleginnen gibt, die voraussichtlich nicht oder nur sehr eingeschränkt von ihrer Rente werden leben können. Insbesondere Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen, Sekretärinnen und befristet beschäftigte Lehrkräfte können kaum noch ihren Lebensunterhalt bezahlen. Da es für Beamt*innen eine Mindestversorgung gibt, sind sie nicht auf ergänzende Sozialhilfeleistungen angewiesen, haben aber oft durch eine zusätzliche Rente, die erst als Altersrente gezahlt wird, eine große finanzielle Lücke, wenn sie vorzeitig in Pension gehen.

Frauen immer noch benachteiligt

Die Zuschüsse des Arbeitgebers zur VBL (Versicherung des Bundes und der Länder, eine Art Betriebsrente) sind in den letzten Jahren immer stärker gesunken. Früher war die VBL eine zweite Säule der Altersversorgung. Heute ist sie nur noch eine kleine Ergänzung zur Rente. Gleichzeitig beobachte ich bei den Beratungen von jungen Kolleginnen, dass sie viel länger als die männlichen Kollegen Elternzeit nehmen, in Teilzeit gehen und sich beurlauben lassen. Die Frauen haben dadurch später große Nachteile für die Altersversorgung. Pro Kind erhalten sie zwar für drei Jahre einen Kindererziehungszuschlag, dafür ist die Elternzeit nicht renten- und ruhegehaltsfähig. Hier gebe ich öfter den Hinweis, dass es gut wäre, wenn die Väter für die jungen Mütter eine Ausgleichszahlung in eine zusätzliche Altersabsicherung beispielsweise durch finanzielle Beiträge für die Rentenversicherung, Einzahlungen in die VBL oder private Vorsorge leisten würden.

Während die Frauen 23 Prozent weniger als die Männer verdienen, ist dies bei den Renten noch gravierender. Hier liegt die Differenz bei 40 Prozent. Bei den politischen Parteien gibt es Modelle für eine bessere Alterssicherung. Nach dem derzeitigen Stand wird die Rentenhöhe sinken, hier muss gegengesteuert werden beispielsweise durch solidarische Mindestrenten und Solidarrenten! Wer jedoch nicht die Möglichkeit hat, selbst Beiträge für die Altersvorsorge zu leisten, wird zunehmend mit einer Grundsicherung auskommen müssen.

Auch in Vollzeit gesund alt werden

Die Gewerkschaften müssen sich gemeinsam für eine verlässliche Alterssicherungspolitik einsetzen. Das Rentenniveau sollte steigen und nicht sinken, dies muss über Steuern finanziert werden. Die GEW sollte Vorträge und Beratungen anbieten, um über Möglichkeiten der Alterssicherung zu informieren. Hier können Referent*innen bei der Deutsche Rentenversicherung, beim Landesverwaltungsamt und bei der VBL und bei Sozialberatungsstellen angefragt werden. Im Schulbereich ist Teilzeit zurzeit befristet für mindestens ein Jahr möglich, danach erfolgt die Rückkehr zur Vollzeit. Die Arbeitsplätze sollten jedoch so sein, dass Vollzeit bis ins Rentenalter machbar ist und nicht Teilzeit als einzige Chance der Bewältigung der Arbeitsbelastung gesehen wird. Der Arbeitsplatz muss so gestaltet sein, dass die Arbeitsbelastung und Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf auch mit voller Stelle gut möglich ist und nicht Teilzeit als einzige Lösung gesehen wird.

Barbara Dobschall, Frauenvertreterin in Berlin-Mitte

Was ist eigentlich Klassismus?

Ein neues Themenheft von »Schule ohne Rassismus« klärt über Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft auf

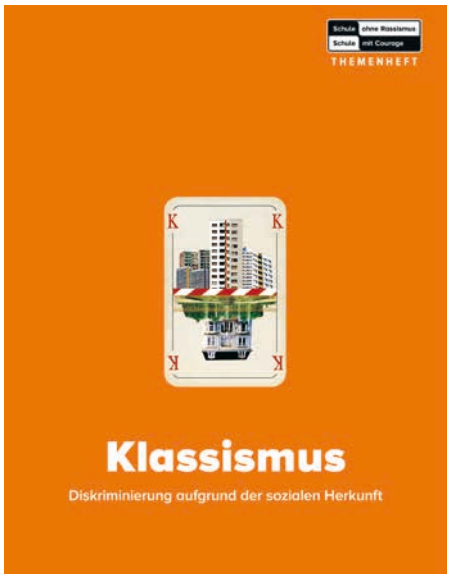
von Klaus Will

Der Begriff »Klassismus« ist nicht ganz neu, aber wenig bekannt. Gemeint ist damit die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, zum Beispiel aus der Arbeiter*innenklasse. Der Verein *Schule ohne Rassismus* hat diesen Begriff jetzt aufgegriffen und ein Themenheft herausgebracht, um diese in der Antidiskriminierungsarbeit wenig beachtete Form der Diskriminierung stärker ins Bewusstsein zu rücken. Für diese Diskussion liefert das Heft eine Menge Informationen.

Der Anklang des neuen Begriffs an Rassismus und Klasse ist durchaus gewollt, denn von beiden steckt etwas drin in dieser Diskriminierung, die wohl am weitesten verbreitet ist. Betont wird im Heft, dass Armut oft eine Rolle spielt, sie aber nicht der einzige oder entscheidende Faktor ist. Die Klassen- oder Schichtzugehörigkeit prägt viel stärker das Verhalten, das Wissen, die Beziehungen der Menschen. Daraus resultiert ihr »kulturelles und soziales Kapital«, wie der französische Soziologe Pierre Bourdieu das nennt. Die Kinder gutverdienender Angestellter oder hochqualifizierter Handwerkenden leben nicht in Armut, haben aber möglicherweise weniger kulturelles und soziales Kapital als Kinder aus gutbürgerlichen Kreisen. Spürbar wird der Kapitalmangel spätestens und vor allem in der Schule, denn auf die schulische Karriere hat das kulturelle Kapital entscheidenden Einfluss. Hier hätte ich mir etwas mehr Bourdieu gewünscht, der aufzeigt, dass die Ideologie der Begabung die sozial erworbenen Fähigkeiten kurzerhand in natürliche und persönliche Fähigkeiten umwandelt. Aus den sozialen Unterschieden werden so schulische Unterschiede. Benachteiligte erleben ihr Zurückbleiben als persönliches Versagen.

Die Schule gleicht Benachteiligungen nicht aus

Deswegen ist auch die Schule die wichtigste Instanz, die helfen kann, Benachteiligungen aufgrund der Herkunft auszugleichen. Bislang gelingt ihr das nicht, denn von 100 Kindern mit mindestens einem studierten Elternteil schaffen 63 einen Hochschulabschluss, aber nur 15 Kinder mit Eltern ohne akademischen Abschluss. Ein Hochschulabschluss allein nützt allerdings auch nichts, wenn man ganz nach oben will. Die deutschen Konzernmanager*innen kommen fast alle aus einer kleinen Oberschicht, die zwischen drei und vier Prozent der Bevölkerung ausmacht. Klassismus allerorten.



Was muss geschehen? Hier bleibt das Heft leider etwas schwammig. Es ist sicher richtig, mehr Humanität und Respekt zu fordern und die Aufnahme dieser Diskriminierungsform in die Antidiskriminierungsrichtlinien. Aber solange die Schule sich nicht verändert und alle Wege zum Aufstieg über einen Hochschulabschluss führen, wird es Klassismus geben. Zumal inzwischen das Problem eher größer geworden ist angesichts der wachsenden Zahl von Privatschulen und privaten Hochschulen, wahlweise auch eine Universität im Ausland. Da wird dann der normale Hochschulabschluss im Anschluss an eine ganz gewöhnliche staatliche Schule doch zum Karrierehindernis. Und die gerade aufgestiegenen Arbeiter*innenkinder sind wieder nur zweite Klasse.

Im letzten Kapitel der Broschüre geht es um den Klassismus in der Musik- und Popbranche, wo die Herkunft aus der Mittel- und Oberschicht dominiert und Musikrichtungen aus der Arbeiter*innenklasse weniger Toleranz erfahren. »Laut einer Statistik hatten im Jahr 2010 über 60 Prozent der britischen Künstler*innen aus den Top Ten eine Privatschule besucht, 20 Jahre zuvor war es nur ein Prozent der Musiker*innen gewesen«, heißt es im Heft. Aber immerhin wird im Kapitel »Arbeiterstolz im Deutschrock« noch die Band Antilopen Gang vorgestellt, die 2009 mit dem Song »Fick die Uni« harsche Kritik am universitären Mittelstandsmilieu übte. ■

Das Heft kostet 4,95 Euro und kann bestellt werden über http://courageshop.schule-ohne-rassismus.org/publikationen/67/themenheft-klassismus

Klaus Will, ehemaliger geschäftsführender Redakteur der bbz

ANZEIGE

Magdeburg hieß früher Madagaskar
URAUFFÜHRUNG
Für Menschen ab 6 Jahren
von Zoran Drvenkar
»Magdeburg hieß früher Madagaskar« behandelt das komplexe Feld familiärer Spannungen, ohne dabei in Schuldzuweisungen zu verfallen.
Termine: grips-theater.de
GRIPS
GRIPS PODEWIL 030 – 39 74 74 - 77
GRIPS Podewil | Klosterstraße 68 | 10179 Berlin
U2 Klosterstraße | S+U Jannowitzbrücke | S+U Alexanderplatz

Alles wird gut!

Berliner Kinder können nicht lesen. Sie stehen in Sachen Lesefertigkeit mit Kasachstan auf einer Stufe, was anscheinend kein Grund zum Jubeln ist. Berliner Kinder können auch nicht rechnen. Manche werden ihr Schulleben lang keinem regulär ausgebildeten Mathe-Fachlehrer begegnen (*Tagesspiegel* vom 15. Dezember 2017). Stattdessen kreuzen Quereinsteiger aller Art den Weg, die bei hohem Stundenaufkommen so nebenbei ihre pädagogische Ausbildung nachholen. Frischlinge, die gerade mal ihr Staatsexamen bestanden haben, bilden neue Lehrkräfte aus, weil es an Fachseminarleitern fehlt. Angeblich gibt es derzeit eine interne, hochheimliche Anweisung, ja niemanden durchs zweite Staatsexamen fallen zu lassen, so gravierend ist der Lehrermangel. Kennen Sie noch die Forderung eines großen »Bildungsphilosophen«? »Nur die Besten sollen Lehrer werden!« Diese Forderung heißt aktuell: »Wir nehmen händeringend alles!« Eine Quereinsteigerin bewirbt sich an einer Grundschule für die Fächer Musik und Deutsch. Zu ihrer Verblüffung landet sie als Chemielehrerin an einem Gymnasium. »Wieso? Sie haben doch mal zwei Semester Medizin studiert!«

Wenn Sie mehr schockierende Details aus dem Bildungsleben erfahren wollen, schlagen Sie einfach den Lokalteil Ihrer Zeitung auf. Ein Gruselbericht folgt dem nächsten. Doch halt! Heute nicht. Leute, hört auf zu jammern. Alles wird gut! In Berlin gibt es jetzt an einigen Pilot-Anstalten das Schulfach »Glück«, wie ein Journalist in höchster Verzückung berichtet.

Wie jeder weiß, ist die traditionelle Schule frontal, öde, freudlos und anstrengend. Zahnarztbesuch und Schulbesuch nehmen sich in ihrer Beliebtheit nichts. Dabei gibt es seit Jahren unzählige Vorschläge, wie man den Unterricht optimieren könnte. Vor allem der Fächerkanon muss endlich modernisiert werden! Ideen gibt viele: etwa Liebe und andere Emotionen, Facebookkunde (ich poste, also bin ich!), Plattdeutsch, Astronomie, Haustierbetreuung, Fallschirmspringen, ökonomisches Wissen und unternehmerisches Handeln, Alltagswissen, Benimmregeln, Rauschkunde, Volksmusik und Landwirtschaft. An etlichen Schulen der Republik existieren bereits interessante Wahlfächer: etwa bayerisches Know-how (Mundartdichtung, Knödelherstellung, Schafkopf spielen und Schweinsbraten zubereiten). Das Fach heißt »Dahoam«, denn »je stärker meine Wurzeln sind, desto weniger muss ich Angst vor Fremden haben«. An anderen Anstalten kann man etwas über Weinbau lernen oder sich mit Schach, Golf und Reiten beschäftigen. An einer Schule in Bruchsal ist es möglich, Luft- und Raumfahrt als Abiturfach zu wählen.

Am meisten allerdings bewegt die Presse das Schulfach »Glück«, 2007 erfunden an einer Heidelberger Schule. Mittlerweile hat der Erfinder des Fachs ein Buch geschrieben und ein eigenes Privatinstitut gegründet, an dem er Lehrkräfte fortbildet. Das Schulfach »Glück« vermittelt »Lebenskompetenz«: Sinnfindung, Gemeinschaft und Umwelt, Esskultur, Körpersprache, Glück durch Bewegung, Stressbewältigung, Entdecken von Wundern am Wegesrand. Mittlerweile gibt es »Glück« an über 100 deutschen Schulen. Wie heißt der Studiengang dazu? Müssen die Lehrkräfte dafür ihre seelische Balance und ihr Glückspotential auspendeln lassen?

Der Berliner Fachjournalist darf in einer 7. Klasse hospitieren. Die lieben Kleinen sollen unter Zuhilfenahme von Strohhalmen bruchsichere Eier herstellen. »Erlebnisorientierter Unterricht!«, freut sich der Journalist. Welches Ei überlebt den Sturz aus dem Fenster? Manche Eier verlieren schon vor dem Abflug ihr Leben. Nach der Experimentierphase wird über die Risse im Ei meditiert. Dabei bekommen die Kinder ganz schnell heraus, dass sie selber das Ei sind und die Strohhalme die schützende Umwelt darstellen. In der nächsten Glücksstunde basteln die Kinder kleine Pinguine aus Papier und stellen sie in verschiedenen Formationen auf. Dabei lernen sie, dass die Außenpinguine die Innenpinguine vor Kälte schützen und die Positionen solidarisch gewechselt werden. Das hätte der reguläre Biologie-Unterricht so intensiv nie vermitteln können! Es folgen Honigduschen (ich sage etwas Nettes über meine Mitschüler) und Wunschtraumbäume, sicheres Stehen im Sturm (die Lehrerin zerrt an den Schülern) und Luftballontanzen. »Das macht viel mehr Spaß als normaler Unterricht«, findet Sema. Und das ist ja wohl die Hauptsache!

Nur wie benotet man dieses Fach, fragt sich der Journalist. Kann man die Ausschüttung von Endorphinen messen? »Glück« gibt es an der Heidelberger Stammschule auch als Prüfungsfach im Abitur. Eventuelles Thema einer Klausur: »Macht Geld glücklich?«

Nach der deutschen PISA-Katastrophe bereisen verzweifelte Experten die erfolgreichen Bildungsländer. Was machen die anders als wir? Aus Schweden berichtet eine Kollegin: »Viel lernen die an ihrer Schule nicht gerade, aber sie haben Spaß und sind gut drauf!«

Genau. Intelligenz kann man outsourcen. Computer und Roboter werden für uns das Denken übernehmen. Da ist es doch wichtig, wie man seine Freizeit füllt und sein Glück findet. Endlich arbeiten deutsche Schulen mal zukunftsweisend!

Gabriele Frydrych

Die Autorin weigert sich hartnäckig, ihre satirischen Texte gendern zu lassen. Beschwerden bitte direkt an sie.

Die Landesdelegierten tagten…, *bbz Januar 2018*

Mit der Zeit hat sich bei mir eine Erwartungshaltung aufgebaut, zweimal im Jahr einen guten, ziemlich ausgewogenen, zusammenfassenden Bericht über die Landesdelegiertenversammlung (LDV) in der *bbz* zu finden. Dafür war ich immer dankbar. Diesmal sieht das nicht so »rund« aus wie sonst, da der Bericht den Eindruck erzeugt, an den Intentionen des Landesvorstandes (LV) und der LDV-Regie ausgerichtet zu sein: Sehr viel (ich finde viel zu viel) Verständnis und Wohlwollen gegenüber dem LV sowie zum Veranstaltungsablauf, kein Anflug von Kritik. (An manchen Stellen war ich richtig sauer.) Das fängt bei der Höhergruppierung der Grundschullehrkräfte an, bei der nach meiner Erinnerung (habe ja die Entwicklung mit größtem Interesse verfolgt) eben nicht die Protestaktionen der GEW BERLIN zu der »gemeinsamen Erklärung« mit dem Finanzsenator geführt hatten, sondern die für viele unverständliche Streikabsage in Verbindung mit dem gleichzeitig eingeschlagenen Kuschelkurs des LV gegenüber Rot-Rot-Grün. Beides belohnt mit dem nachfolgenden rot-rot-grünen Wortbruch. Laura Pinnig war die einzige unter den RednerInnen, die in der Kälte vor der Senatsbildungsverwaltung den Mumm hatte, Klartext zu sprechen und die Streikabsage als klaren Fehler zu bezeichnen. (Das wird sie viel Überwindung gekostet haben und ehrt sie um so mehr.) Der dennoch ganz kurz später am selben Tag bombastisch verkündete »Erfolg« stand offenkundig bereits vor der LDV mehr oder weniger fest, was so mancher Kollege, so manche Kollegin ähnlich sah. (Von wegen »Spione«!). Ebenso, dass es mit dem »Erfolg« dann doch nicht besonders weit her ist, sind doch die erhaltenen Zusagen recht schwammig und vor allem – in welcher Form dann auch immer – erst ab Januar 2019 (!) gültig. Super »Ergebnis«. Diskussion der Unzulänglichkeiten dieses Erfolges? Bloß nicht! Das wurde von der LDV-Regie durchaus geschickt mit der zeitraubenden Behandlung der übermäßig aufgeblasenen Neutralitätsgesetz-Thematik und entsprechend knappem Zeitfonds für andere Themen verunmöglicht. Ärgerliche Dinge, finde ich. Wo mir aber jedes Verständnis fehlt, ist das komplette Weg- beziehungsweise Unerwähntlassen des Antrages zur Thematik Schul(bau)privatisierung. Klar, die Diskussion dieses wichtigen, von den voraussichtlichen Auswirkungen der Senatspläne her wohl weitreichendsten Antrages verlief zwar heftig, aber zu guter Letzt in die richtige Richtung – allerdings auch diesmal nicht in die vom LV gewünschte … Dieser Antrag, diese Diskussion, dieser Erfolg der Vernunft hätte es verdient, nicht nur erwähnt, sondern besonders herausgestellt zu werden. Aber leider, leider … nichts. *Wolfgang Mix*

Querer geht's nicht, *bbz Februar 2018*

Ein schöner Artikel. Deutlich, verständlich und konkret werden hier die Probleme benannt, vor denen Quereinsteiger stehen, die uns eingefleischten Lehrkräften oft nicht bekannt sind. Klar und strukturiert, ohne Fachkauderwelsch schafft es Frau Pendl, mir, auch nach 28 Jahren Dienstzeit, wieder in Erinnerung zu bringen, wie schön doch unser Beruf sein kann. Wir brauchen mehr solcher Quereinsteiger. Ob allerdings ihre Wünsche erhört werden, wage ich bei diesem Senat zu bezweifeln, da ihm die Parteien angehören, die schon seit 28 Jahren die Berliner Bildung in die Misere geführt haben, in der wir uns befinden. *Frank Gerber*

Offener Brief an Senatorin Scheeres

Mit großer Sorge beobachte ich die Entwicklung für die ergänzende Förderung und Betreuung an Grundschulen (eFöB) in Berlin, aber in erster Linie an unserer Schule. Die Abschaffung der Bedarfsprüfung und Kostenfreiheit für alle Kinder ist grundsätzlich zu begrüßen. Ich frage mich jedoch, wie wir den zu erwartenden Ansturm auf die EFÖB bewältigen sollen. Es fehlt an Räumen und Erzieherpersonal. Ich rechne damit, dass die Zahl der Kinder von aktuell 216 Kindern auf 306 Kinder, nur für Klasse eins und zwei, ansteigen wird. Die Schule selbst hat keine räumlichen Kapazitäten und es sind auch keine zusätzlichen Bauten geplant. Ein Ausweichen auf die Klassenräume ist meistens nicht möglich, da dort bis in den Nachmittag Arbeitsgemeinschaften, Hausaufgabenbetreuung, Muttersprachlicher Unterricht angeboten wird oder aber Lehrkräfte Elterngespräche anbieten und sich für den Unterricht vorbereiten. Ich arbeite in einer Brennpunktschule, in der sehr viel Unterstützungsbedarf der Familien und Kinder notwendig ist (Sprachbarrieren, Kinderschutz, Gewalt, Vernachlässigung etc.). Bereits jetzt sind mehr als doppelt so viele Schüler am Nachmittag in der Betreuung, als ursprünglich geplant wurden. Die Hortbereiche waren für 80 Kinder konzipiert. Derzeit betreuen wir 216 (!) Kinder. Sollten Klassenräume verwendet werden müssen, wäre eine Aufteilung der Erzieher*innen schwierig, weil dann die Aufsicht im EFÖB –Bereich und auf dem Schulhof nicht mehr gegeben ist. De Nutzung der Turnhallen ist uns nicht möglich, da täglich Sportstunden der beiden sich am Standort befindlichen Schulen im Nachmittagsbereich stattfinden. Die Kinder teilen sich bereits jetzt ihre Garderobenschränke, da wir aus Platzmangel keine weiteren Schränke aufstellen können. So stehen Schulmappen vor den Schränken, weil die Kinder ihre Mappen nicht in die Schränke räumen können. Dies widerspricht der Brandschutzverordnung. Bei jeder Begehung durch die Hygieneaufsicht, Sicherheitsbegehung sowie Arbeitsschutz werden die Anzahl der Toiletten (2 Toiletten für Mädchen, 1Toilette für Jungen in einem Bereich und im zweiten Bereich jeweils 3 Toiletten) bemängelt. Bedingt durch die hohe Nutzung der Toiletten, ist die Hygiene oft sehr mangelhaft. Es gibt keine Pausen- und Ruheräume für das Personal. Rückzugsmöglichkeiten für Kinder fehlen gänzlich und sorgen für Aggressionen und Lautstärke. Wir möchten unsere Kinder zu einem demokratischen Denken erziehen und ihnen die Möglichkeit zur Partizipation geben. Dies ist schon jetzt

ZUM ACHTEN MÄRZ

Sie sind schon unentbehrlich – ohne Frage –
die internationalen Frauentage.
Mit ihrer Hilfe ist – wenn auch nicht allen –
doch manchen dies und jenes aufgefallen.
Es gibt – ganz klar – Geschlechter –Unterschiede
mit sanften Übergängen, festen Grenzen,
Kontrasten, die sich wunderbar ergänzen,
und ohne sie wärn viele Menschen ärmer,
denn Reibung macht das Leben häufig wärmer.
Schon höre ich im Hintergrund: »Ach nee!
Das ist doch wieder mal so ein Klischee!«
…mir ganz egal. Und ich behaupte gerade:
»Die Männer brauchen mehr die Apparate,
wogegen alle Welt bemerken muss:
Was Frauen machen, hat mehr Hand und Fuß.
Das gilt für alle Zeiten, Krieg und Friede.
Dies alles«, sag´ ich Dir und ihm und Ihnen
»ist gar kein Grund, zu herrschen und zu dienen.«

Ursula Eisenberg

sehr schwierig, aber unter den zu erwartenden Bedingungen ganz unmöglich. Die Inklusion kann unter diesen Bedingungen nicht stattfinden. Sinnvolle, fundierte und zielführende pädagogische Arbeit ist nicht möglich. Individuelle Förderung einzelner Kinder ist ausgeschlossen. Es geht nur noch um Schadensbegrenzung, z.B. bei körperlicher Auseinandersetzung. Die anhaltende Lärmbelastung sowie die Dauerüberlastung durch zu viele Kinder in zu wenig Räumen macht krank und sorgt für Unzufriedenheit des Personals.

Ich weiß, dass politische Forderungen beziehungsweise Entscheidungen oft gut gemeint sind. Vor der praktischen Umsetzung der Abschaffung der Bedarfsprüfung und dessen Folgen habe ich sehr große Sorgen! *Monika Menke*

Neutralitätsgesetz in der GEW BERLIN I

Ich finde es richtig, dass die GEW BERLIN sich nicht auf einen eindeutigen Beschluss zum sogenannten Neutralitätsgesetz festlegt, angesichts der komplizierten Thematik und der sehr gespaltenen Stimmung in der Mitgliedschaft. Ich möchte meine Erfahrungen als Nicht-Kopftuchträgerin ohne Migrationshintergrund in der Berliner Schule zur Debatte beisteuern. Ich würde mich selber als fundamentalistische Antikapitalistin bezeichnen, das war ich mein gesamtes Erwachsenenleben lang und habe mir keine besondere Mühe gegeben, das zu verbergen, auch nicht am Arbeitsplatz. Trotzdem gab es in 32 Dienstjahren als Lehrerin für Geschichte und Politik niemals Beschwerden wegen politischer Indoktrination, weder von meinen (überwiegend erwachsenen) Schüler*innen, noch von Kolleg*innen oder Vorgesetzten. Es ist mir also anscheinend gelungen, meine radikale linke Gesinnung nicht in unzulässiger Weise mit meinem Job als Lehrerin zu vermischen. Ähnlich wird es vielen GEWler*innen gehen. Jetzt frage ich, warum wir das, was wir selber als Nichtmuslim*innen offensichtlich gut können, einer muslimischen Kollegin, die gerne Lehrerin werden möchte, nicht zutrauen, nur weil sie ein Kopftuch trägt?

Noch eine Anmerkung zum Symbolgehalt von christlichem Kreuz und muslimischem Kopftuch. Letzteres wird ja von Nichtmuslim*innen als Synonym für Unterdrückung wahrgenommen. Während der Eroberung Südamerikas wurden Millionen von Menschen gewaltsam unter das Kreuz gezwungen oder alternativ ermordet. Unzählige Indios wurden ans Kreuz gefesselt und verbrannt. Und bei den Massakern an den Einwohnern Jerusalems während der Kreuzzüge wurde dieses Folterinstrument selbstverständlich auch immer vorweggetragen. Wir könnten uns ja mal fragen, wie es auf die muslimischen Nachkommen der Kreuzzugsopfer wirkt, wenn sie ständig die harmlosen Kettchen mit den kleinen Kreuzchen an unseren Hälsen sehen.

Margit Mauersberger

Neutralitätsgesetz in der GEW BERLIN II

Es ist noch nicht lange her, da durften Schülerinnen an türkischen Schulen kein Kopftuch tragen, von Lehrerinnen ganz zu schweigen. Für manche konservative türkischen Familien war dies eventuell mit ein Grund, in die säkularisierte Bundesrepublik überzusiedeln, hier konnten sie ihre Töchter verhüllen und ihren traditionellen Rollenvorstellungen unterwerfen. Erst als die rückwärtsgerichtete AKP des Recep Tayyip Erdoğan, die politische Zügel fest in der Hand hatte, wurde 2014 das Kopftuchverbot an den Schulen der Türkei abgeschafft und das laizistische Staatsmodell erheblich aufgeweicht.

Wenn ich die Diskussion dazu in meiner Gewerkschaft betrachte, sind wir auf dem besten Weg Erdoğan zu überholen und auch noch die Vorreiter*innenrolle in der »konservativen Revolution« des Alexander Dobrindt zu übernehmen. Wollen wir den Religionsbekehrer*innen wieder ungehemmt die Klassenzimmer überlassen? Die Argumentationen der Befürworter sind teilweise abenteuerlich. Selbst namhafte Wissenschaftler bemühen sogar die Aufklärer vergangener Jahrhunderte. Das amüsiert mich teilweise, aber mehr noch ärgert es mich. In der Argumentation stehen die Pädagoginnen, die in ihrer Berufsausübung behindert werden, anstatt die Schülerinnen im Zentrum dieser massiven subtilen Beeinflussung zu sehen. Den zwölf-dreizehnjährigen Mädchen wird zugetraut eine unabhängige Entscheidung treffen zu können, unabhängig von einer auf tausend Jahre heranzitierten Religions- und Familientradition und einer gesellschaftlichen Umgebung in der vermutlich auch sogenannte Ehrenmorde noch durchaus billigend kommentiert werden. Und dann noch jeden Tag eine Autoritätsperson vor Augen, die amtlich verbrieft Teil dieses Unterdrückungsapparates sein muss.

Und dass Frauen das Kopftuch freiwillig, nur dem Glauben verpflichtet, anlegen, glaube ich erst, wenn mir nachgewiesen werden kann, dass die 1000 Jahre patriarchal-muslimisch geprägte Gesellschaft keine Wirkung auf sie haben und dass sie in einer Umgebung gänzlich ohne muslimische Männer, auch dieses Kopftuch tragen würden. Ich habe über viele Jahre mit Mulimas zusammen gearbeitet, die eine aufgeklärte Form des Islam gelebt haben und die keinen Zusammenhang zwischen Kopftuch und Glauben hergestellt haben. Aber egal wie die Trägerin dieses symbolischen Stoffes, und sei er auch noch so modern gefärbt, ihr Tragen rechtfertigt, wichtig ist doch die Wirkung auf die Kinder. Insbesondere die Mädchen, in deren Familie gerade eine Entscheidung darüber ansteht, wie repräsentiert unsere Tochter nach Außen die religiöse Verbindlichkeit unserer Familie, werden sich durch eine Lehrerin mit Kopftuch stärker unter Druck gesetzt fühlen, weiter entfernt eine freie Entscheidung zu treffen. Die Jungen sind da fein raus, sie sind ohnehin die Gewinner auf der ganzen Linie. Für sie ist das Kopftuch der Mädchen die illusorische Garantie, dass sie darunter eine Jungfrau finden und sich somit dem Vergleichsdruck nicht ausgesetzt sehen müssen. Dies ist aus meiner Sicht der einzige schlüssige Grund für dieses alberne Gewandstück: der Mann kann sich sicher wähnen eine treue, unnahbare Frau zu besitzen und dies auch nach außen hin dokumentiert, und die Frau tut ihm den Gefallen, dies damit auch zu bekunden, ohne noch mehr zweifelnden Kommentaren ihres fürsorglichen Gatten ausgesetzt zu sein. An dieser Front hat sie erst einmal Ruhe, jedenfalls scheinbar.

Die Welt der Kinder ist groß genug um Anregungen und Anschauungen zu erhalten, sie brauchen nicht eine Lehrkraft die ihre persönlichen weltanschaulichen und religiösen Haltungen ins Klassenzimmer trägt. Sie stellt sie als feststehende Entscheidung dar und nicht die Zweifel und Konflikte die damit verbunden sind. Das gehört eben zur Professionalität einer Lehrkraft, dass sie mit den Schüler*innen über alles neutral sprechen kann, was die Kinder bewegt und was sie für ihre Suche nach einer eigenen Identität in eine möglichst selbstbestimmte Welt benötigen.

Ich bin froh dass wir nicht im Bayern der 50iger Jahre unterrichten, holen wir uns nicht das Mittelalter ins Klassenzimmer. *Ralf Schiweck*

Um neue Schuhmode, die alle haben wollen, dreht sich »Anton macht's klar« im Grips Theater *FOTO: DAVID BALTZER / BILDBUEHNE.DE*

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Neu bei **Grips**: *»Anton macht's klar«*. Schnelle, fast hektische Szenen im ersten Teil; es geht um Heelys, die rollenden Sneakers, die alle in der 4. Klasse schon haben – nur für Anton scheinen sie unerreichbar. Dabei hat er schon einen Wettlauf vereinbart. Fast verzweifelt sucht er nach Lösungen; bei den Eltern aber ist nichts zu machen – da hat eine neue Waschmaschine Vorrang, weil die alte es nicht mehr tut. Anton stürzt sich in wilde Aktionen – auch wenn sie schließlich auf Betrug beruhen. Schon hat er es geschafft, einen gefälschten Fünfziger am Kiosk unterzubringen. Nach der Pause dann weit ausschwingende Szenen: ein intensives Gespräch mit einem älteren, väterlichen Freund bringt Anton zur Einsicht. Es geht nicht mehr, philosophisch gesprochen, um HABEN, sondern um SEIN. Tapfer und konsequent macht Anton sich auf den schweren Weg, seine »krummen Touren« zu reparieren; er »macht's klar« – macht sich wieder ehrlich. Jemand aus der Klasse leiht ihm Heelys für den Wettlauf, den er, untrainiert, natürlich verliert. Aber seine Welt ist wieder in Ordnung. Dass unsere gesellschaftliche Wirklichkeit es nicht überall ist: Grips »macht's klar« – in einer mitreißenden, eindringlichen Inszenierung. (Ab 8 Jahre)

Anzuzeigen ist noch ein schmerzlicher Verlust: Theater und Komödie am Kurfürstendamm, 1921 von Max Reinhardt gegründet, werden zusammen mit dem Kudamm-Karree abgerissen; sie müssen, trotz vielfältiger Proteste und Interventionen, einem Einkaufscenter weichen.

Hans-Wolfgang Nickel

BÜCHER

76 Jahre nach der ersten Veröffentlichung des Tagebuchs der Anne Frank erfüllt die Geschichte immer noch ihren Zweck. Sie gibt einen Einblick in das alltägliche Leben unter dem Nazi-Regime. Viele Ausgaben, filmische, dramatische und grafische Bearbeitungen folgten der Erstausgabe. »Das Tagebuch der Anne Frank: Graphic Diary« von Ari Folman und David Polonsky (2017) reiht sich also in eine lange Editionsgeschichte ein. Nicht selten riefen Adaptionen Diskussionen zu Ethik und Ästhetik von Erinnerung hervor. Laut des Anne-Frank-Fonds ist die Graphic Novel nur als Ergänzung zur

Leseausgabe gedacht, sie könnte aber durchaus einen ersten Zugang zu der Geschichte ermöglichen und in bedeutender Weise zum kulturellen Gedächtnis beitragen. So wie Folman und Polonsky bereits erfolgreich gemeinsam an dem animierten Dokumentarfilm »Waltz with Bashir« (2008) arbeiteten, so produzierten sie mit der Graphic Novel erneut ein außerordentliches Zeitzeugnis des Krieges. Historische Fotografien und dokumentarisches Material werden narrativ und visuell mit Anne Franks Tagebuchaufzeichnungen verwebt. Die Auffächerung von Anne Franks persönlichen Gedanken in Mindmaps, Sequenzen und Piktogrammen bildet dabei eine Brücke zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen. Multiperspektivisch schaffen Folman und Polonsky einen autobiografischen Zugang, und leiten darüber hinaus mit historischen Genauigkeiten die Leser*innen zurück in die Vergangenheit. Die abwechslungsreiche Erzählweise und collage-artige Kombination verschiedener Perspektiven ist eine gewinnbringende neue Darstellung der letzten zwei Jahre aus Anne Franks Leben. Das erhöhte Erzähltempo wird zudem den veränderten Rezeptionsgewohnheiten nachwachsender Generationen gerecht. Auf diese Weise bietet die Graphic Novel neue Einblicke in das Amsterdamer Hinterhaus in der Prinsengracht und in die dunkelste Phase der deutschen Vergangenheit.

Ari Folman, David Polonsky, 2017. Das Tagebuch der Anne Frank: Graphic Diary. Übersetzt von: Mirjam Pressler, Klaus Timmermann, Ulrike Wasel. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 160 Seiten.

Farriba Schulz, AG Jugendliteratur und Medien der GEW BERLIN

AKTIVITÄTEN

Einladung zum bundesweiten Treffen lesbischer*queerer Pädagoginnen*

Vom 10. bis zum 13. Mai 2018 (Himmelfahrt) findet das Treffen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt. Willkommen sind alle lesbischen oder queeren Lehrerinnen*, Sozialpädagoginnen* oder Erzieherinnen* aller Hautfarben und jeden Alters, die im schulischen Kontext arbeiten oder sich noch in der Ausbildung oder bereits im Ruhestand befinden. Im geschützten Rahmen können wir uns in Workshops und persönlichen Gesprächen über schulische Erfahrungen, Ängste, Coming-out und die eigene Lebens- sowie Arbeitssituation austauschen und Kraft für den stressigen Schulalltag sammeln. Ihr seid eingeladen, euch in entspannter Atmosphäre zu unterschiedlichen (schul-) politischen Themen fortzubilden sowie literarische, musikalische, künstlerische und sportliche Angebote wahrzunehmen. Für Fragen stehen die Organisatorinnen gern über die Kontaktadresse des Wald-

schlösschens zur Verfügung. Anmeldung und weitere Informationen: https://tinyurl.com/ybneabxz und unter facebook.com/LesbischeLehrerinnen

Studienreise nach St. Petersburg
Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst veranstaltet vom 9. bis zum 21. August 2018 eine Studienreise nach Archangelsk, St. Petersburg. Themen der Reise sind das sowjetische Gulag-System, die Geschichte des russischen Hohen Nordens sowie die 900-tägige Blockade Leningrads 1941-44. Zusätzlich gibt es Exkursionen in die wald- und wasserreiche Umgebung. Begrenzte Teilnehmer*innenzahl. Die Reise ist vom Berliner Senat als Bildungsreise anerkannt. Anmeldung bei der Reiseleiterin Ingrid Damerow, ingrid.damerow@googlemail.com oder bei Perelingua Sprachreisen, Tel.: 851 80 01.

STELLEN

Auszubildende*r gesucht
Die GEW BERLIN sucht zum 1. August 2018 eine*n **Auszubildende*n Kauffrau*Kaufmann für Büromanagement**. Wir bieten eine vielseitige Ausbildung in den unterschiedlichen Abteilungen unserer Geschäftsstelle (Sekretariat, Buchhaltung, Rechtsschutz, Telefonzentrale, Mitgliederverwaltung, Verlag, Hausverwaltung), wobei die Schwerpunkte individuell festgelegt werden können. Es handelt sich um eine dreijährige Ausbildung im dualen System, die

beiden Berufsschultage werden an der Louise-Schroeder-Schule (OSZ Bürowirtschaft und Verwaltung) in Berlin-Lichterfelde absolviert. Euch erwarten ein gutes Betriebsklima und überdurchschnittliche soziale Leistungen. Wir erwarten einen guten MSA-Abschluss oder eine OG-Empfehlung, legen insbesondere Wert auf gute Kenntnisse der deutschen Sprache, mündlich wie schriftlich, dazu auf Kontaktfreudigkeit und soziale Kompetenz. Bewerbungen von Schüler*innen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht. Bewerbungen bitte schriftlich an: *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, z.H. des Geschäftsführers Udo Jeschal, Ahornstraße 5, 10787 Berlin*

MATERIALIEN

LesePeter im März
Im März 2018 erhält den LesePeter das Sachbuch »Hörst du wie die Bäume sprechen? Eine kleine Entdeckungsreise durch den Wald« von Peter Wohlleben, dem berühmten Förster. Die Sichtweise über den Wald und seine Bewohner*innen ist ungewöhnlich, fast spannend und höchst vergnüglich zu lesen. In einfacher, verständlicher und humorvoller Sprache erklärt der Autor die komplexe Welt des Waldes. Vorangestellt sind 48 ungewöhnliche und lustige Fragen. Wie atmen Bäume? Bekommen auch Bäume Pickel? Wie machen Bäume Babys? Unterstützt werden die vielen Sachinformationen von tollen Fotos und Grafiken von Stefanie Reich. Außerdem gibt es Zusatzkästen mit Quizfragen sowie zahlreiche Anleitungen für Experimente, die das Ganze auflockern. Das Buch ist ein einzigartiges und spannendes Werk mit einer Fülle an Informationen zum Thema Wald nicht nur für Kinder. Oetinger, Hamburg 2017. ISBN 978-3-7891-0822-8. 127 Seiten, 16,99 Euro, ab 6 Jahre.

Pädagogisches Begleitprogramm zur Ausstellung »Gegen das Vergessen«
Noch bis Mitte April ist die unter anderem von der GEW BERLIN, dem DGB und anderen Einzelgewerkschaften unterstützte Ausstellung des Mannheimer Fotografen und Filmemachers Luigi Toscano auf dem Mittelstreifen der Charlottenburger Schloßstraße zu sehen. Sie vereint mehr als 200 Porträts von Holocaust-Überlebenden aus aller Welt. In Kooperation mit der Stabsstelle Bildung für Nachhaltige Entwicklung hat der Künstler ein umfangreiches pädagogisches Begleitangebot erstellt, das verschiedene Workshop-Formate, aber auch ein Zeitzeug*innengespräch und eine Filmvorführung umfasst. Weitere Informationen unter: https://tinyurl.com/ya5ej99l

Die Deutsche Schule (DDS)
Heft 4/2017 der Zeitschrift »Die Deutsche Schule« widmet sich den Übergängen Schule – Beruf bzw. Schule – Hochschule und den mit ihnen individuell verbundenen Herausforderungen. Mit Artikeln von Martin Baethge und Maria Richter (Göttingen), Birgit Reißig und Frank Tillmann (Halle) und Sina-Mareen Köhler, Bettina Zapf (Aachen). Die DDS kann online – auch einzelne Artikel – und gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Infos unter: www.dds-home.de

Lobbyismus an Schulen und was dagegen zu tun ist
Mit Werbung, Schulsponsoring oder Schenkungen nehmen Unternehmen zunehmend Einfluss an deutschen Schulen. Vor allem Digitalkonzerne wie Apple, Google oder Microsoft drängen verstärkt ins Klassenzimmer. Mit einer neuen Broschüre liefert LobbyControl Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen Hintergründe und gibt praktische Tipps, wie Schulen und die Politik dieser Einflussnahme begegnen sollten. Zum Download der Broschüre: https://tinyurl.com/y8x8qkqv

INTERNET

Der Bildungsserver Berlin-Brandenburg empfiehlt:
• *Mehrsprachige Broschüre: Jugendverbände in Berlin*: Was sind Jugendverbände, wer arbeitet dort und wie finanzieren sie sich? Auf diese und weitere Fragen gibt die Informationsbroschüre »Jugendverbände in Berlin« des Landesjugendrings Berlin Antworten in einfacher Sprache. Die Broschüre ist in den Sprachen Deutsch, Englisch, Arabisch, Farsi, Dari, Paschtu und Kurmancî erhältlich und kann insbesondere auch für die Arbeit mit Eltern von jungen Geflüchteten unterstützend sein. Sie ist im Rahmen des BMFSFJ geförderten Projekts »vom FÜR zum MIT« entstanden. Mehr Informationen unter: https://tinyurl.com/ya9lqbvb

• *Berufsbegleitende Fortbildungen in der Sprachbildung*: Der Fachbereich Sprachbildung bietet ab dem neuen Schuljahr 2018/2019 zwei berufsbegleitende Qualifizierungen, einmal zur Sprachbildungskoordinator*in, Lehrgangsbeginn: 28.08.2018 und zum Thema »Durchgängige Sprachbildung unter besonderer Beachtung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler«, Lehrgangsbeginn: 14. September 2018. Bewerbungen sind von den Schulleitungen bis zum 16. bzw. 18. März 2018 bei den zuständigen Schulaufsichten einzureichen. Ausschreibungen und Bewerbungsformular unter: https://tinyurl.com/yco47ne3

SENIOR*INNEN

*Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn nicht anders angegeben, ist eine Anmeldung nicht erforderlich.*

Senior*innen/Junge Alte
• *Mittwoch, 28. März 2018:* Besuch des Gründerzeit-Museums Mahlsdorf mit Führung. Treffpunkt: 11 Uhr Hultschiner Damm 333 (S5 bis Mahlsdorf, Tram 62 bis Alt-Mahlsdorf oder Fußweg 10 Minuten). Eintritt: 4,50 Euro, die Führungskosten übernimmt die GEW. Kontakt: Rainer Witzel, Tel.: 932 63 90, E-Mail: rainer.witzel@gmx.de

Senior*innen Lichtenberg
• *Dienstag, 27. März 2018:* Besuch der Ausstellung zum Holocaust. Sie kennen sicher das Stelenfeld, aber auch die Ausstellung dazu? Wir bieten die Gelegenheit, die Räume der Dimensionen, der Familien und der Verbrechensorte kennenzulernen. Mit Hilfe einer Hörführung (für 2 Euro) kann man sein Wissen über die Verfolgung jüdischer Menschen vertiefen. Treffpunkt: 10:15 Uhr Bushaltestelle am Bahnhof Alexanderplatz, Karl-Liebknecht-Straße, vor der ehemaligen Markthalle (zum 200er Bus); Kontakt: Brigitte Szartowicz, Tel.: 510 98 098 und Erich Juhnke, Tel.: 97 57 564

GEW-Singkreis
14. März und 4. April um 17:30 Uhr im GEW-Haus in der Kantine; Kontakt: Claudia Reuter, Tel.: 391 47 87 und Luis von Simons, Tel.: 6 92 86 39.

GEW-Chor
21. März um 17.00 Uhr Veranstaltungsort: IBZ, Wiesbadener Str. 18, 14197 Berlin-Wilmersdorf; 28. März um 17.00 Uhr, im GEW-Haus; Kontakt: Monika Rebitzki, Tel.: 4 71 61 74 und Eva Besler, Tel.: 8 33 57 27

Stammtisch GEW-Ruheständler*innen
28. März um 14:30 Uhr im Café »Ulrichs« schräg gegenüber dem GEW-Haus.

*Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an seniorinnen@gew-berlin.de*

BUSART-TOURS GmbH

...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!

Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0

Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55

www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

bleifrei Medien + Kommunikation
Erkelenzdamm 9 • 10999 Berlin • Tel. 61 39 36-0
info@bleifrei-berlin.de • www.bleifrei-berlin.de

bleifrei Medien Kommunikation

GEWERKSCHAFT **Wir sind engagiert** in der journalistischen Gestaltung von Gewerkschaftspublikationen.

KULTUR **Wir sind versiert** in der Umsetzung komplexer gestalterischer, farb- und bildbetonter Anforderungen, wie sie Kunst- und Kulturinstitute stellen.

SOZIALES **Wir sind kompetent und ideenreich** im Konzipieren zielgruppengerechter Printmedien.

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

Ihre Farbanzeige in der bbz

Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 41,80 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«.
Tel. 030 - 613 93 60 oder info@bleifrei-berlin.de

Extra Buch

VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN

z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...

Mehringdamm 66
10961 Berlin
(030) 789 51 797
extrabuch@t-online.de
www.extra-buch.de
Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr

Yoga. Entspannung. Natur.
Retreats ins Berliner Umland
isabelhollenbeck.de

DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin
mitten im Ruppiner Seenland
jbs Flecken Zechlin
Programme für
Klassenfahrten Gruppenreisen
www.dgbjugendbildungsstaette.de

Info: 033923 7400

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2018
- Achtsamkeitsbasierte Kommunikation
- Interkulturelle Kommunikation
- Clever Kontern – schlagfertig Antworten kreieren
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Auftritte souverän und präsent meistern
- Improvisation u. Singen – Entwicklung v. Kreativität

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

LockeToursBerlin
Urlaubsreisen, Flug, Hotel, Mietwagen, Ferienhaus, Kreuzfahrten, Fähren, Reisemarkt & Extras ...
Aktuellste Angebote 365 Tage, 24 Stunden mit onlineweg.de – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

AKUPUNKTUR
bei Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Heuschnupfen, Raucherentwöhnung u.a.
www.tcm-witt.de
Tel. 030- 409 88 795

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93, e-mail: DAPBerlin@t-online.de

Für alle Fälle

Darf mein*e Schulleiter*in unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Schulrechtssammlung hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-27
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

13. Mrz	18.00 Uhr	**LA Migration, Diversity und Antidiskriminierung**
15. Mrz	17.00 Uhr	**AG Lehrkräfte Willkommensklassen**
15. Mrz	17.30 Uhr	**Fachgruppe Schulsozialarbeit**
15. Mrz	18.00 Uhr	**Kita AG**
15. Mrz	18.30 Uhr	**Mitgliederversammlung GEW Pankow**
15. Mrz	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**
20. Mrz	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**
21. Mrz	14.00 Uhr	**Senior*innen/Junge Alte**
21. Mrz	17.00 Uhr	**Landesfrauenausschuss**
21. Mrz	17.30 Uhr	**FG Integrierte Sekundarschule/Gemeinschaftsschulen**
21. Mrz	17.30 Uhr	**Treffen Schulische Fachgruppen**
23. Mrz	17.00 Uhr	**Ladies first! AG Frauen**

FRIEDENSBEWEGUNG UND QUERFRONT

Was ist dran an den »Querfront«-Vorwürfen gegen die Friedensbewegung? Die AG Frieden lädt zu Vortrag und Diskussion mit Andreas Wehr. Am **14. März 2018, 17 bis 19 Uhr**, im »aquarium«, Skalitzer Straße 6, 10999 Berlin.

FIT FOR THE JOB

Wenn du in Kürze deine Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher beendest, möchtest du bestimmt wissen, wie viel Geld du verdienen kannst oder worauf du beim Arbeitsvertrag achten musst. Das alles erfährst du bei uns: Fit for the Job, am **15. und am 20. März im GEW-Haus**. Mehr Infos und Anmeldung unter www.gew-berlin.de/17473.php

Die bbz ist eine Zeitschrift von Mitgliedern für Mitglieder. Die Redaktion freut sich über Beiträge jeder Art

FOTO: MARKUSSPISKE / PHOTOCASE.DE

GEW-Haus | Ahornstraße 5 | 10787 Berlin (U-Bhf Nollendorfplatz)
Mo, Di, Do 9 bis 16 Uhr; Mi 9 bis 17 Uhr; Fr 9 bis 15 Uhr | Telefonsprechzeiten ab 10 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93-0